

Die „Volkswacht“
ersch. täglich Nachmittag außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Granpstr. 5/6,
durch die Post und
durch Colportage zu beziehen.
Preis vierteljährlich M. 3.10,
pro Woche 25 Pf.
Postzeitungsliste Nr. 7104.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.
Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Insertionsgebühr
Beträgt für die fünfspaltige
Zeile oder deren Raum
20 Pfennige, für Vereins- und
Berufungs-Anzeigen
10 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Nr. 143.

Freitag, den 21. Juni 1895.

VI. Jahrgang.

Ultramontane Socialpolitik.

B. G. Zur Heuchelei unserer Ultramontanen
gefällt sich sehr oft unglaublich dreiste, schier übermäßig
lächerliche Renommisterei.
In neuester Zeit reden sie fest und gottesfürchtig
von dem „glänzenden Beispiel“, welche das katholische
Centrum Deutschlands durch „seine erfolgreiche Initiative
auf sociale Gebiete“ gegeben habe. Sie fügen
triumphierend hinzu, ihr Beispiel begünne nun auch
Katholiken anderer Länder zur Nachahmung anzuführen.
Ihrer erfolgreichen Initiative deuten sie auf
die reichsdeutsche Socialreform hin, zu der das
Centrum und in oberster Instanz der „größte Social-
politiker“ unter den Leuchten der katholischen Kirche,
der Bischof Ketteler, wie sie behaupten, den ersten An-
stoß gegeben haben soll.
Dass Ketteler, als er im Jahre 1850 in seinen
Reden über Capitalismus und Socialismus wider die
liberale Bourgeoisie losbrach, nur den Anregungen
folgte, die er als Abgeordneter zum Frankfurter Parla-
ment von der ersten demokratisch-socialistischen Arbeiter-
bewegung empfangen hatte, und daß es sich schon da-
mals dem freiherrlichen Bischof nur darum handelte, dem
revolutionären Socialismus das Wasser abzugraben,
wird bei solcher Gelegenheit natürlich verschwiegen.
Aber damals wie jetzt hat alle socialpolitische Wirk-
samkeit der Ultramontanen immer nur den einen Zweck,
zwischen den Socialdemokraten und dem Volke mög-
lichst hohe Mauern aufzuthürmen und die Arbeiter der
wirthschaftlichen Ausbeutung der Unternehmer und der
politischen Knechtung im Capitalistenstaate zu erhalten.
Wenn das Centrum behaupten würde, daß es nach
dieser volksfeindlichen und volksverrätherischen
Richtung hin glänzende Erfolge zu verzeichnen hat, so
könnte man ihm recht geben, und diese Erfolge im
Capitalisteninteresse sind es gerade, welche französische
Katholiken zu dem Versuch getrieben haben, Frankreich
mit einer katholisch-socialen Bewegung zu beglücken.
In neuester Zeit hat in Lille ein Congreß der
französischen christlichen Volkspartei stattgefunden, auf
dem allerlei Beschlüsse gefaßt worden sind, welche in
der deutschen ultramontanen Presse höchst beifällig auf-
genommen werden.
Danach stellen die wichtigsten der dort angenommenen
Resolutionen folgende Forderungen auf:
Die Nacharbeit ist gesetzlich zu verbieten. Als
solche ist die Zeit von 8 Uhr Abends bis 5 Uhr

Morgens im Sommer, von 7 Uhr Abends bis 6 Uhr
Morgens im Winter zu betrachten. Ausnahmen sind
in jedem Falle in Uebereinstimmung mit den regionalen
Arbeitskammern oder in deren Ermangelung durch eine
aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer
gleichmäßig zusammengesetzte Commission festzustellen.
Einen Normalarbeitstag und eine wesentliche Ver-
kürzung der Arbeitszeit verlangen also die katholischen
Socialpolitiker in Frankreich durchaus nicht; sie sind
vielmehr für die Winterszeit noch mit einer zwölf-
stündigen Arbeitsdauer einverstanden und haben für
den Sommer sogar nichts gegen eine vierzehnstündige
Arbeitszeit einzuwenden.
Bezeichnend für die heuchlerische Arbeiterfreund-
lichkeit dieser democrates christiens (christlichen Demo-
kraten) sind ihre Beschlüsse, die sich auf die Noth-
wendigkeit der Errichtung von caisses de retraite —
Invaliditäts- und Altersklassen — beziehen.
Die Beiträge für dieselben sollen in erster Linie,
in der Höhe von 10 Centimes (8 Pfennige) für den
Kopf und den Arbeitstag vom Arbeitgeber entrichtet
werden, der für die Arbeitskraft, die der Arbeiter ihm
zur Verfügung stellt, ebenso diese Auflage zu über-
nehmen habe, wie er für die Amortisation seiner Ma-
schinen u. s. w. Abschreibungen vornimmt. Eine Pflicht
sei nicht zu construiren, da der Lohn sein persönliches
Eigenthum und seine Lage oft eine dürftige sei; da-
gegen sei die Einführung freiwilliger Beiträge der
Arbeiter in Form facultativer Lohnabzüge zu wünschen.
Endlich habe der Staat, der die ganze Versicherungs-
leistung deshalb nicht übernehmen könne, weil er dann
durch neue Steuern die Last hauptsächlich den Schultern
der minder Begüterten auflegen müßte, doch einen obli-
gatorischen Zuschuß zu leisten, dessen Höhe der Summe
der von den Arbeitnehmern (nicht auch von den
Arbeitgebern) gezahlten Beiträge proportional ist.
Zunächst könnte es so scheinen, als wenn die Lasten
dieser Invaliditäts- und Altersversicherung in der That
im Wesentlichen von den Arbeitgebern getragen werden
sollten. Aber wer den Passus bezüglich der wünschens-
werthen Einführung freiwilliger Beiträge der Arbeiter
in Form facultativer Lohnabzüge richtig versteht, der
ist eines Besseren belehrt. Die Herren Unternehmer
werden selbstverständlich solchen Arbeitern den Vorzug
geben, die sich mit den „freiwilligen Lohnabzügen“ ein-
verstanden erklären, und diejenigen Arbeiter, die sich
die größten Lohnabzüge gefallen lassen, werden die ge-

suchtesten und ihrer Arbeit am sichersten sein. Und in
Zeiten der Arbeitslosigkeit werden voraussichtlich alle
dieser Arbeiter unbarmherzig zuerst auf's Pflaster
fliegen, die sich zu solchen freiwilligen Beiträgen nicht
verstanden haben.
Erhält eine Bestimmung, wie sie die Resolution
dieser christlichen Demokraten verlangt, Gesetzeskraft, so
haben es die französischen Unternehmer in der Hand,
die Gesamtlast der Invaliditäts- und Altersunter-
stützung auf die Arbeiter abzumwälzen und sich noch
außerdem eine recht zahme und ihrer Willkür be-
dingungslos ausgelieferte Arbeiterschaft zu erzielen.
Zum Ueberflus soll noch der Staatszuschuß
proportional sein den Beiträgen der Arbeiter. Damit
ist ein weiterer Ansporn geliefert, recht hohe Beiträge
von den Arbeitern zu erpressen unter dem Vorwande,
daß es sich darum handelt, auch der Staatshilfe in
recht beträchtlichem Umfange theilhaftig zu werden.
Ganz ebenso famos würden die Gesetzes-Be-
stimmungen sein, nach denen eine weitere Resolution
Gerechtigkeit Arbeitskammern (Chambres de travail)
eingeführt werden. Die Arbeitskammern sollen aus
Arbeitern zusammengesetzt werden, die wenigstens
30 Jahre alt und wenigstens 10 Jahre in ihrem Be-
rufe thätig sind. Sie sind überall dort zu errichten,
wo Handelskammern und verwandte Repräsentations-
körper bestehen. Alle die Arbeiter betreffenden Gesetze
sind ihnen vor ihrer Einbringung vorzulegen; sie haben
auch das Recht, selbstständige Anträge an die gesetz-
gebende Körperschaft zu stellen.
In solche Arbeitskammern nur diejenigen Arbeiter
hineinzulassen, welche sich den Wünschen der Unter-
nehmerchaft in jeder Beziehung unterwerfen, ist jeden-
falls eine Kleinigkeit. Wer nur die Spur von
Oppositionslust verräth, wird, ehe er zehn Jahre in
seinem Berufe thätig ist, einfach entlassen. Er muß
sich alsdann an einer anderen Stelle erst wieder zehn
Jahre lang als arbeitsfromm und socialistenfeindlich
bewähren.
Die „Schlesische Volksztg.“ gesteht ganz offen,
wohin die Bestrebungen der französischen christlichen
Volkspartei vornehmlich gerichtet sind. Sie meint in
ihrer Nummer vom 20. d. Mts.: Das energische Vor-
gehen der französischen Katholiken werde dazu be-
tragen, „der socialistischen Hochfluth das Wasser abzu-
graben und dem Katholicismus in Frankreich wieder
den politischen Einfluß wenigstens zum Theil zurück-

Satdeslündchen.

Novelle von Franz Laufötter.

(Nachdruck verboten.)
„Ihr Vater ist ein Maler“, dachte Kiefa und
versank in Grübeleien. „Sollte es sein Kind sein?
Unmöglich, es wäre ein zu merkwürdiges Zusammen-
reffen. Und doch... die Kleine hat ganz seine
Augen, dieselben schwarzen Locken und dieselben Augen-
wimpern.“
Von Secunde zu Secunde des Betrachtens wuchs
die Neugierlichkeit des Kindes mit jenem Manne.
„Wie heißt Dein Papa denn, liebes Mädchen?“
„Felix nennt ihn die Mama und die Fremden
„Herr Kelling“ zu ihm.“
„O Gott, o Gott!“ entrang es sich ihrer Brust,
es ist sein Kind! O Gott, o Gott!“
Sie zog die Kleine an sich und preßte ein paar
kühle Küsse auf ihren Mund und Augen. Das Kind
war dem Thun verwundert zu, es wußte nicht, wie
es geschah.
„Die Tante ist süß“, flüsterte es und schlang
seine Arme um Kiefas Nacken. „Papa ist auch
süß; er küßt Klein-Ely und weint dabei.“
„Dein Papa weint?“
„Ja die Mama schilt mit ihm und Großmama,
die Großmama mag den Papa gar nicht leiden,
sagt, Papa wäre böse mit Mama. Papa ist nicht
süß, Papa ist süß.“

„Er ist unglücklich!“ flüsterte sie und küßte die
Locken, als ob sie dadurch den Vater entschädigen
könnte. — Träumend und sinnend sah sie da und
streichelte dem Kinde das Lockenköpfchen. Die Gegen-
wart versank vor ihren Blicken und sie weilte in der
Vergangenheit.
Ein junges Mädchen, eine Magd aus dem Gast-
hause, wo Elys Mutter wohnte, kam plötzlich an ihr
vorbei.
„Da finde ich Dich“, rief sie, als sie das fremde
Kind erblickte, „ich soll Dich heimholen. Du sollst zu
Mama und Großmama kommen.“
„Ely will hierbleiben bei der Tante.“
„Ich muß die Kleine holen“, erzählte die Magd;
„denken Sie nur, Kiefa, die Mutter hat vor einer
halben Stunde einen Blutsturz bekommen, der Doctor
ist bei ihr und die Frau jammert nach dem Kinde.
Wir haben es im ganzen Hause vergeblich gesucht.“
„Du mußt mitgehen, Erika“, mahnte Kiefa, „die
Mama will Dich sehen.“
„Wie heißt Du denn, Tante?“ fragte das Kind,
als es ihr die Hand reichte.
„Tante Erika“, antwortete sie, es noch einmal
küssend.
„Dann heißen wir Beide Erika“, rief die Kleine
und klatschte jubelnd in die Hände. „Wenn das der
Papa wüßte! Wie wird er sich freuen! Adieu, Tante
Erika, ich komme bald wieder zu Dir!“
Dabei hüpfte sie an der Hand des Dienstmädchens
fort.

„Wo warst Du, mein Kind?“ fragte die Groß-
mutter, die ihr auf der Treppe entgegenkam.
„Bei Tante Erika, Großmama. Sie heißt auch
Erika, gerade wie ich.“
„Du heißt Ely“, erwiderte sie hart, „der Name
Erika ist nur eine Schrulle Deines Vaters. Deine
Mama verlangt nach Dir, gehe hinein.“
Das Kind trat in's Zimmer, wo die Mutter auf
einem Ruhebetto lag. Ihr Gesicht war kreidbleich
und die dunklen Augen lagen tief in den Höhlen. Sie
war nur noch ein Schatten jenes üppigen Weibes, das
vor Jahren die Augen der Gesellschaft auf sich gelenkt
hatte. Der Keim jener furchtbaren Krankheit, der ihr
Bruder zum Opfer gefallen, hatte auch in ihrem an-
scheinend gesunden Körper gewohnt; er war zur Ent-
wickelung gelangt und hatte das blühende, lebenslustige
Menschenkind in ein todtrautes, blut- und kraftloses
Gerippe verwandelt. In ihren gesunden Tagen war
die junge Frau von Vergnügung zu Vergnügung geübt;
aller Warnungen ihres Mannes ungeachtet, den sie
einen Tyrannen und Kerkermeister schalt, hatte sie ihre
Kraft vergeudet, ihre Gesundheit ruiniert, nun war es
zu spät — sie war ein gebrochenes, hoffnungsloses
Weib. Als die Kranke ihres einzigen Kindes ernstlich
wurde, huschte ein Lächeln über ihr Gesicht. Sie
versuchte es an sich zu ziehen und zu sich emp-
zuheben. —
„Gnädige Frau“, warnte der alte Brunnensart,
der bei ihr war, „wenn Ihnen das Leben des Kindes

zuerobern, dessen er zu seinem und des Landes Schaben (!) schon lange entbehrt."

Die französischen Socialdemokraten werden es sich angelegen sein lassen, über die erbitterten Bemühungen der christlichen Volkspartei Frankreichs das französische Volk gehörig aufzuklären.

Politische Rundschau.

— Maßregelungen von Geistlichen, die nicht in das Horn der herrschenden Kreise blasen wollen, sind gegenwärtig an der Tagesordnung. Kürzlich ist, der „Deutsch. Volksztg.“ zufolge, bei dem lutherischen Kirchenvorstand zu Lehe (Hannover) ein Schreiben von dem kaiserlichen Marine-Commando eingegangen, in welchem die Seelsorge der Garnison, die Herr Pastor Schäbla obliegt, aufgekündigt ist, und zwar aus dem Grunde, weil Herr Pastor Schäbla's Leichenrede bei dem im Duell gefallenen Corvettenkapitän Mittler dem Offiziercorps nicht gefallen hat. Das kaiserliche Marine-Commando hat sich nunmehr nach Oesterlande gewandt und soll Herr Pastor Sorger, ebenfalls der Kirchenvorstand dafelbst, geneigt sein, die Seelsorge für die hier garnisierende Marine-Artillerie zu übernehmen; wie man erzählt, hat man sich auch beim evangelischen Kirchenvorstande in Bremerhaven erkundigt, letzterer hat aber abschlägig geantwortet. Herr Pastor Schäbla wird von Seiten der Bürgerschaft durch den Kirchenvorstand die vollste Anerkennung für sein Verhalten gezollt. — Solche Vorkommnisse, deren Kritik wir getrost den Lesern überlassen, agitieren trefflich für die Socialdemokratie.

— Ueber ein Mecklenburger Schulibyll giebt die „Rostocker Zeitung“ folgende erbauliche Schilderung: „Durch Uebertritt in den Dominical-Schuldienst wurde zu Michaelis eine wissenschaftliche Schulfeste erledigt. Als der bisherige Inhaber die Stelle antrat, hatte er als Vorgänger einen von jenen Pädagogen der grauen Vorzeit, wie solche jetzt kaum noch zu finden sein dürften. Dieser alte Herr war seiner Aufgabe in Bezug auf Volkabildung in der Weise nachgekommen, daß er den Kindern einen Kalender von Anfang bis Ende erklärte. War ein Kalendarium abfolviert und einige Male repetirt, so ging er an einen Stapel von Zeitungen, welche nummerweise durchgenommen wurden. Als darauf der Pädagoge der Neuzeit auf eine ganz andere Weise die Jugend zu bilden begann und die Eltern schon ihrer Freude darüber Ausdruck gaben, wurde der Lehrer vom Schulpatron argewiesen, die Kinder nicht so allseitig bilden zu wollen, da er später Leute zum Dünstreuen haben müsse — und Kündigung droht dem Zwiberhandelnden.“ — Und wir leben am Ende des 19. Jahrhunderts in einem Reiche, das stolz an der Spitze der Cultur marschirt!

— Zum Boykott-Urtheil des Reichsgerichts sagt die „Köln. Volksztg.“: „Wir sind zur Zeit des Berliner Bierboykotts wie bei den Besprechungen über die Umsturzvorlage gegen die Bestrafung des Boykotts gewesen. Man würde die Arbeiter nur noch mehr erbittern und der Socialdemokratie zutreiben, wenn

Polizei und Gerichte in einem Streite zwischen Arbeitern und Unternehmern sich auf die Seite der letzteren stellen schon dann, wenn die Arbeiter bloß erklären: wir arbeiten da und da nicht mehr, oder: wir trinken das und das Bier nicht mehr. Die Agitatoren würden das bloß ausbeuten als einen Beweis, daß die Staatsgewalt immer auf Seiten und im Dienste der Unternehmer stehe und daß die „capitalistische Gesellschaftsordnung“ nur noch mit Gewalt aufrecht zu erhalten sei. Nutzen würde die Bedrohung des Boykotts mit Strafe gar nichts, denn die Socialdemokratie ist so gut organisiert und disciplinirt, daß sie auch ohne öffentliche Aufforderung einen Boykott ins Werk setzen könnte. Es bleibe auch nicht, Wind und Sonne im socialen Kampfe gleichmäßig vertheilen, wenn man Verrufserklärungen bei den Arbeitern bestrafen, den Unternehmern dagegen gestatten wollte, Vereinbarungen über Nichtbeschäftigung socialdemokratischer Arbeiter zu treffen, schwarze Listen zu führen u. s. w. Und würde man etwa die Militärbehörden bestrafen wollen, weil sie den Soldaten den Besuch bestimmter Wirtschaften untersagen, diese also boykotteten? Die neueste Entscheidung des Reichsgerichts ermöglicht nun die Bestrafung des Boykotts in großem Umfange; denn daß das Publikum „belästigt und geängstigt“ und „unter Verletzung der öffentlichen Ordnung und Ruhe gefährdet“ worden sei, wird sich meist wohl „thatsächlich feststellen“ lassen. Neben der jüngst besprochenen Auslegung des § 130 (Anreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewaltthatigkeiten gegen einander) ist die neueste Erklärung des „groben Unfugs“ geeignet, auch ohne Umsturzgesetz den Socialdemokraten das Leben sauer zu machen und auch Angehörigen anderer Parteien schlimme Ueberraschungen zu bereiten.“

Die Vertreterin Bismarck'scher Gewaltpolitik, die „Hamb. Nachr.“, ist natürlich der Meinung, „daß die öffentliche Verrufserklärung eine schwere Verletzung der öffentlichen Ordnung und unter Umständen eine Gefährdung der Existenz ist, gegen welche der Staatsbürger ebenso geschützt zu werden verlangen darf, wie gegen Entziehung, Nötigung u. dgl. Demgemäß haben auch wir es als einen der Mängel der Umsturzvorlage betrachtet, daß sie — behufs Erzielung wenigstens eines geringen Ergebnisses, das gleichwohl nicht erreicht wurde — an dieser Frage schon vorübergegangen war.“ Das treffliche Bismarckblatt will deshalb auch, daß die Gesetzgebung „auf dieses Problem zurückkomme,“ wenn „der Boykott von der Socialdemokratie von Neuem in erheblichem Umfange, insbesondere wider Gegner angewendet werden sollte, die nicht, wie die Berliner Brauereien, im Stande sind, Kriegskosten im Betrage von ein Paar Millionen Mark zu tragen.“ Daß der Boykott auch bestraft werde, wenn er gegen die Socialdemokratie oder die Arbeiter überhaupt angewendet wird, verlangt der Gerechtigkeitssinn des Blattes natürlich nicht. Wer wird sich auch mit so nebensächlichen Dingen, wie Gerechtigkeit in der Gesetzgebung, abgeben!

— Zum Mollage-Prozess. In einer in der „Köln. Volksztg.“ veröffentlichten Erklärung verweist sich das erzbischöfliche Generalvicariat gegen die Beeinträchtigung der öffentlichen Meinung bezüglich des

Verhältnisses der kirchlichen Behörde zu der Marburger Angelegenheit. Die Ausschreitungen seien laßhaft zu beklagen und es sei zu wünschen, daß durch strenge unparteiliche Untersuchung die einzelnen Fälle genau bargelegt und geahndet, sowie Wiederholung für die Zukunft ausgeschlossen werden.

— Der neue Kampfzollparagraf im deutschen Zolltarifgesetz tritt mit dem 1. Juli Kraft. Dadurch ist die Regierung ermächtigt, fremd-zollpflichtige Waaren von Ländern, die Waaren deutscher Herkunft ungünstiger behandeln als andere, einem Zollsatz bis zu 100 Procent der tarifmäßigen Eingangszollabgabe, fremde zollfreie Waaren aber einem Zollsatz bis zu 20 Procent des Werthes zu unterwerfen. Es entsteht die Frage, ob die Regierung von diesen Vorkräften in dem Zollkrieg mit Spanien Gebrauch machen wird. Nach dem „Hamb. Corr.“ liegt jedenfalls keine Veranlassung vor, die Kampfzollsätze gegen Spanien noch zu verschärfen, da die bereits bestehenden gegen dieses Land sich als vollkommen ausreichend erwiesen haben; es sei darum für unsere Handelskreise nicht befürchten, daß zum 1. Juli der Kampfzolltarif gegen Spanien erweitert werde.

— Die Geistlichen unter sich. Die „Köln. Volksztg.“ bespricht die in Berlin vor sich gegangene Enthüllung des Lutherdenkmals. Das Verbot, daß die Enthüllung ohne „erbliche Anträge gegen die Katholiken“ verlaufen sei. Nur der Prediger Faber wies u. a. darauf hin, daß Luther die Bibel befreit habe aus dem Verliese der Verbannung und von der Kette der wälschen Kette. Davon ist die „Köln. Volksztg.“ nichts bekannt, welche schreibt: man aber wissen wir, daß die protestantische Bibel-Kritik die Bibel vollständig zerlegt hat. Herr Faber sagt, Luther habe der Bibel „den Königsthron wieder erobert,“ dem Buche der Bücher gebührt. Was glauben die protestantischen Gelehrten der Theologie denn heute noch von der Bibel? Wenn Herr Faber nach Bonn an der Universität geht, so wird er finden, daß die Bibel dort in der katholisch-theologischen Facultät auf dem „Königsthron“ sitzt, aber in der evangelisch-theologischen hat man sie so zusammenkritisiert, daß nur Rudimente davon übrig geblieben sind. Wenn Herr Faber eine Rede vor märkischen Bauern hält, so sind solche hochtönenden Reden angebracht, aber vor gebildeten Leuten darf man so nicht prahlen. Gleichwerthig hat mit ist des Herrn Faber Behauptung, Luther habe „mit dem Kreuze des Herrn den unmittelbaren Zugang zum himmlischen Vater wieder erschlossen.“ Wenn Herr Faber sagte, „Luther und Berlin gehören zusammen“, so hat er damit doch wohl nicht darauf anspielen wollen, daß Berlin fünf Socialdemokraten zum Reichstag schicke? — Eine bittere Pille! —

— Die Ablehnung der Anträge Klöckerl's seitens der volkswirtschaftlichen Commission der württembergischen Kammer einmal wieder das ganze Unverständnis der bürgerlichen Vertreter für die Arbeiterforderungen dargethan. Die Anträge wurden, wie bekannt, bei der Vorberathung der volkswirtschaftlichen Commission zur Begutachtung überwiesen. Von Seiten der Abrechnungscommission war Artikel 34 damals folgende Fassung vorgeschlagen

lieb ist, so müssen Sie sich überwinden. Sie dürfen es nicht lassen, denn Ihr Hand ...

„Ich verstehe,“ unterbrach sie ihn, „mein Oheim ist todbringend ... Also auch das Beste wird mir versagt, mein einziges, liebes Kind zu lassen. So sei es denn, ich will es fragen.“

Sie sank matt und halb ohnmächtig in die vorige Lage zurück, aus der sie sich beim Anblick ihres Kindes mühelos emporgerissen hatte. Ihre Augen schloffen sich vor übergroßer Müdigkeit.

„Wirst Du nicht hinausgehen, mein Kind,“ sprach der gutmüthige Arzt, „und draußen spielen? Deine Mama will schlafen, sie ist müde.“

„Mama soll nicht sterben,“ bat die Kleine und sah ihn mit ihren großen Augen bittend an. „Du mußt Mama wieder gesund machen.“

Der Arzt blickte der Hinausgehenden wehmüthig lächelnd nach, er wußte, daß bei dieser Patientin menschliche Hüfe vergebens sei. Ihr Leben war ein Licht, das am Verlöschen war.

„Schläft meine Tochter?“ fragte Frau Ebert, die in's Zimmer trat.

Der Arzt nickte und legte ihr durch ein Zeichen mit der Hand Stillschweigen auf. Aber schon öffnete die Kranke die Augen und blickte ihre Mutter fragend an.

„Die Depeche ist bereits abgeschickt, Elly, morgen früh kann Dein Mann hier sein, wenn er den Nachtzug benutzt.“

„Ich dank Dir, Mutter,“ flüsterte die Kranke,

ich möchte jetzt gern noch einmal wiedersehen, ehe ich sterbe ...

„Du darfst nicht sterben, mein einziges Kind,“ brach es aus dem schmerzjuckten Mutterherzen hervor. „Nein, nein, Du darfst nicht von mir gehen.“

„Sei ruhig, Mutter, für mich giebt es nur noch ein Heilmittel und das ist der Tod ... Aber mein armes, mütterliches Kind und mein armer, guter Mann, dem ich so oft jährendes Unrecht zugefügt ...“

„Sag mir die selbstmörderischen Vorwürfe, Elly?“

„Ich habe ihm bitteres Unrecht gethan,“ fuhr die Tochter fort, „er hat es gut mit mir gemeint, er hat meinen Schmerz Alles geopfert, was in seinen Kräften stand. Und ich habe ihm mit Unrecht gelohnt und sein gutes, edles Herz unglücklich gemacht.“

„Elly, Elly, Du irrst! Du irrst!“

„Sage ihm, wenn ich ihn nicht mehr wiedersehen sollte, er möge es mir versprechen, daß ich ihn nicht glücklich gemacht; sage ihm, es sei nicht Zehheit von mir gewesen, sondern jugendlicher Uebermuth, Leichtsin, Unvorsichtigkeit.“

Sie sank erschöpft zurück, ein neuer Blutstrom brang aus ihrem Munde.

Ergründet sprangen Mutter und Arzt hinzu, es war vorbei — das Leben war erloschen.

Die Mutter jammerte, der Arzt tröstete, Klein-Elly weinte, die Todte hörte nichts mehr davon, sie hatte ausgehitten.

In der Nacht langte der Vater in Hamburg an und am anderen Tage setzte die transrude Familie

mit der Leiche nach der Heimath zurück, um sie der Erde zu übergeben.

Wochen und Monate hindurch ging der Mann wie traumumfangen umher. Seine Gedanken waren verwirrt und es kam ihm vor, als ob er die letzten Jahre fortwährend geträumt habe. Seine Ehe war eine unglückliche gewesen, wie es bei solch' ungleich Charaktern nicht anders sein konnte. Bei der Jugend seiner Frau hatte er anfangs gehofft, dieselbe noch ziehen zu können, aber seine Bemühungen waren erfolglos geblieben, da seine Schwiegermutter ihm entgegen arbeitete. Dann hatte er seine Bemühungen aufgegeben, die Hände in den Schooß gelegt und rath- und thatlos zugeschaut, wie seine Frau ganz in rauschenden Vergnügungen und geselligen Freuden aufging, ihre Gesundheit vernichtete und sein Eheleben zu einer Qual machte. Durch ihre großen Ansprüche war sein Privatvermögen allmählig zusammenschmolzen und seine Einnahmen beruhten fortan nur mehr auf der Arbeit seiner Hände.

Jetzt war er wieder auf sich selbst angewiesen und hantierte allein mit seinem Kinde und einer alten Dienstin in der verwaisten Wohnung. Seine Schwiegermutter hatte nach einem heftigen Wortwechsel mit ihm sein Haus verlassen und war zu Verwandten gegangen, wo sie ihrem Grolle nach Belieben Luft machen konnte. Eine jährliche Rente, die er ihr angeblich hatte sie ausgeschlagen. Seinen Verkehr beschränkte er auf das Nothwendigste, und sein Kind war seine einzige Freude. (Fortsetzung folgt.)

„Die Gewerbe-Inspection sollte durch Heranziehung von Hilfskräften aus dem Kreise der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, einschließlich der Arbeiterinnen, umgestaltet werden.“ Hierzu stellten nun die beiden socialdemokratischen Abgeordneten den Zusatzantrag: „Die Gewerbe-Inspection solle mit größeren Machtbefugnissen versehen und auf die Ueberwachung der handwerksmäßigen Betriebe und der Hausindustrie ausgedehnt werden. Für Kesselrevision sind besondere Beamte zu bestellen. Zum Schutze der in landwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen erscheint die Bestellung von Aufsichtsbeamten mit ähnlichen Befugnissen wie diejenigen der Gewerbe-Inspectoren geboten. Berechtigten Wünschen der Arbeiter entspreche die Schaffung einer Centralstelle für Arbeiterangelegenheiten, von Arbeiterkammern und von Arbeiter-Secretären in den Industrie-Bezirken.“ Die Commission empfiehlt nun der Kammer die Ablehnung sämtlicher Punkte, mit Ausnahme der Kesselrevision, und zwar oft unter ganz sonderbarer Begründung, und leider ist anzunehmen, daß auch bei der jetzigen Zusammensetzung die Kammer selbst zu gleichen Resultaten kommen wird. Die Commission kam zu folgenden Beschlüssen: 1. Trotz der formellen Möglichkeit soll den Gewerbe-Aufsichtsbeamten keine ortspolizeiliche Befugnisse zugesprochen, um nicht das Vertrauen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu verlieren und ist daher Ablehnung dieses Punktes zu empfehlen. 2. Die Ausdehnung der Ueberwachung auf die Handwerker und Hausindustrie sei kein Bedürfnis. Die Meister behaupten, ihre Gesellen seien zur Zeit besser daran, als sie selbst, und bei Vielen von ihnen mag dies (nach Ansicht des Berichterstatters) auch zutreffen. Die Commission empfiehlt daher auch Ablehnung dieses Punktes. 3. Die Unterstellung der landwirthschaftlichen Betriebe unter die Aufsicht kann die Commission in Anbetracht der unregelmäßigen Arbeitszeit und in Rücksicht auf den kleinhäuerlichen Betrieb ebenfalls nicht gutheißen und empfiehlt die Ablehnung dieses Punktes. 4. Betreffs der Forderung einer Centralstelle, von Arbeiterkammern und Arbeiter-Secretären empfiehlt die Commission Uebergang zur Tagesordnung in Rücksicht darauf, daß für die Schaffung von gewerblichen Aufsichtsorganen das Reich zuständig ist und empfiehlt den Antragstellern die im Reich zurückgewiesenen Forderungen an den zuständigen Stellen wiederum geltend zu machen. Speciell von Württemberg aus die Initiative zu ergreifen, liege kein Grund vor. 5. Da in den übrigen Bundesstaaten noch keine Arbeiter-Secretariate bestehen, so wird auch diese Forderung einstimmig abgelehnt. — Das Zurückziehen hinter die Competenz des Reiches ist hier weniger als irgendwo angebracht. Sie bildet kein Hindernis gegen ein Vorgehen der Einzelstaaten, wenn hier nur der gute Wille vorhanden ist. Daran fehlt's aber leider. Sonst könnte das von einzelnen Staaten gegebene Beispiel vorwärts drängend wirken.

Die gewaltigen Anstrengungen, die Spanien macht, um sich im Besitze der Insel Cuba zu halten, finden ihre Begründung zum Theil in der hervorragenden Rolle, welche Cuba in dem Handelsverkehr Spaniens mit seinen Colonien spielt. Dieser Handelsverkehr hat sich in den letzten zehn Jahren erheblich gesteigert. Die Gesamtbewegung des spanisch-colonialen Handelsverkehrs betrug im Jahre 1893 ca. 263 1/2 Mill., davon Import 75 Mill., Export 188 1/2 Mill. Auf Cuba allein entfielen im Import und Export 29 Mill. bzw. 128 Mill. Pefetas. An dem Außenhandel Spaniens, Import und Export zusammengerechnet, participiren die eigenen Colonien mit nicht weniger denn 20 Procent. Dieser Handel dürfte zum Theil in andere Hände übergehen, wenn Spanien nicht mehr die Herrschaft auf Cuba ausübt und durch die Zollgesetzgebung den Handel in seinem Interesse lenkt. Daß die Cubaner keine Lust mehr haben, die spanische Herrschaft zu ertragen, kann man ihnen bei dem herrschenden Ausraubungssystem freilich nicht verdenken.

Die amerikanischen kleinen Geschäftsleute liegen gegenwärtig, besonders in Chicago im Krieg gegen die Großgeschäfte. Namentlich auf die großen Bazare haben sie es abgesehen. Zunächst wurde der Staats-Senat aufgefordert, eine Untersuchung der Geschäftspractiken dieser Riesengeschäfte einzuleiten. Dies geschah auch. Herr Frank H. Cooper, von der Firma Siegel, Cooper u. Co. in Chicago, wurde vor den Senat geladen, um Aussagen über sein Geschäft zu machen. Der Senat wollte wissen, wie viel Geld Siegel, Cooper u. Co. für Anzeigenwerbe ausgegeben, wie viel Arbeitslohn sie bezahlen, wie viel Profit sie machen etc. Cooper weigerte sich entschieden, derartige Fragen zu beantworten, weil dieses Privatangelegenheiten seien.

Später wurde er wieder vor die Schranken des Senats geführt und es wurde ihm die Frage gestellt, wie groß der Bruttoumsatz seines Geschäftes im letzten Jahre gewesen sei. Er verweigerte die Antwort über diese und andere Geschäftsgeheimnisse seiner Firma. Der Antrag, ihm die Antwort zu erlassen, wurde mit Stimmengleichheit, 19 gegen 19, abgelehnt und der Beschluß, ihn zur Antwort zu zwingen, durch die ausschlaggebende Stimme des Vice-Gouverneurs Gill angenommen. Der Vice-Gouverneur befahl als Senats-Präsident dem Sergeant-at-Arms, Herrn Cooper in Haft zu nehmen und in Gewahrsam zu halten, bis er zur Antwort willig sei. Nach einer langen Conferenz mit Generalanwalt Maloney stellte Vice-Gouverneur Gill einen Haftbefehl gegen Cooper aus und befahl, ihn im Countinghaus festzuhalten, bis er weich werde. Wenn der Sergeant-at-Arms die Ausführung des Befehls auch verweigert, so kann derselbe doch von allen Sheriffsgehilfen und Constablern, an die er ebenfalls gerichtet ist, ausgeführt werden. Man ist gespannt darauf, wie die Geschichte schließlich enden wird.

Auf die industrielle Concurrenz Japans hält es die „Nord. Allg. Ztg.“ für angezeigt, besonders aufmerksam zu machen. In Calcutta beginne die Presse bereits aus handelspolitischen Gründen England davor zu warnen, das Aufstrebens Japans allzusehr zu begünstigen. Seit dem kurzen Besuche der japanischen Dampferverbindung hätten die japanischen Streichhölzer in Indien die hiesigen und deutschen fast ganz aus dem Markte verdrängt. Neuerdings wurden von Japan nach Indien billige Baumwollgewebe eingeführt. Jetzt nach Beendigung des Krieges sei eine Verdoppelung der Webestühle in Japan zu erwarten. Die von Japanern und einer Parfifirma gegründete Dampferlinie zwischen Yokohama und Bombay mache der ostasiatischen Linie der „Peninsular and Oriental Steam Navigation Company“ eine so bedeutende Concurrenz, daß letztere Gesellschaft mit dem „Oesterreichischen Lloyd“, der von ihr eine Entschädigungssumme dafür erhält, daß er weder Thee noch Seide von China verfrachtet, übereingekommen ist, die Frachttaxe herabzusetzen. Die Handelspolitik der alten Staaten wird jedoch das Emporwachsen neuer Culturstaaen nicht hindern können. Die Gefahr, die heute von Japan droht, erwächst auch an anderen Stellen. Das Ende wird sein, daß das alte Europa immer mehr auf sich selbst angewiesen wird. Und diese Entwicklung kann es nur ertragen, wenn das heutige capitalistische Profitsystem gestützt wird und das Gemeininteresse zum Ausgangspunkt der Volkswirtschaft gemacht wird, wie die Socialdemokratie es fordert. Die Nothwendigkeit drängt sich immer zwingender auf.

Parteiangelegenheiten.

Bei der Gemeinderathswahl in dem hessischen Dorfe Hainstadt siegten unsere Candidaten W. Wich und W. Reising mit 102 und 92 Stimmen über die Gegner. Unser dritter Candidat, R. Merget, unterlag mit der stattlichen Zahl von 82 Stimmen. Insgesamt waren 195 Stimmen abgegeben worden.

Aus Saalfeld berichtet unser dortiges Brudervorgan, das „Saalfelder Volksblatt“: Lange Gesichter gab es in der vorige Woche abgehaltenen Generalversammlung der Saalbahnen, als Herr Bürgermeister Heinrich aus Rudolstadt feststellte, daß die Nachricht über die von Preußen an die Saalbahn-Verwaltung zur Beamten-Gehaltsaufbesserung überwiesenen 11,000 M. zuerst in dem „socialdemokratischen Volksblatt“ und erst dann im Schwarzburg-Rudolstädter Regierungsblatt gestanden habe. Von der Saalbahn wollte man die ganze Angelegenheit „vertraulich“ behandeln und nun wissen die bösen Rotten eher von der Geschichte, als die Betheiligten selbst! Es ist wirklich zu fatal!

Das dritte Versammlungslocal ist jetzt den Parteigenossen in Wolgast an der Ostsee zur Verfügung gestellt. Der Socialismus macht dort gute Fortschritte, beim Bürgertum wenigstens insofern, als es einzieht, daß unsere Ideen nicht dadurch aus der Welt geschafft werden, daß man uns Versammlungen unmöglich macht. So wird denn auf die Wirthschaft nicht mehr ein so großer Druck ausgeübt, als früher.

Es ist nichts zu albern, das nicht versucht würde, um die Ausbreitung unserer Partei zu hindern. Brachte das ultramontane „Fränkische Volksblatt“ die Mittheilung, bei der socialdemokratischen Conferenz in Högberg habe einer unserer Würzburger Anhänger in der Küche des Gasthauses „zum Samm“ ein dreipfündiges Stück Fleisch gestohlen. Zum Schluß dieser Mittheilung jagte das Blatt: „Den Högbergern und den Bewohnern der anderen umliegenden Ortschaften empfehlen wir dringend, bei allenfallsigen weiteren Besuchen der Herren Soci ihre Thüren, Schränke, Keller u. s. w. vorsichtig geschlossen zu halten.“

Und was ist Wahres an der Sache? Ein naher Verwandter der Wirthsleute, der mit der Socialdemokratie nicht das Mindeste zu thun hat, hatte das Stück Fleisch eingesteckt, um sich mit den Wirthsleuten einen Witz zu machen. Mit solchem Gefindel, wie dem fränkischen Pfaffenblatte, müssen sich nun unsere bayerischen Genossen Jahr für Jahr herum-schlagen!

Der Deutsche Arbeiterverein in Basel, der jetzt über 500 Mitglieder hat, ist in sein neues eigenes Heim, das Hotel zum weißen Kreuz, übergesiedelt. Die Socialdemokratie Dränns in Mähren, der

von der deutschen wie slavischen Bourgeoisie die Localen zu Versammlungen gleichmäßig verweigert werden, hat einen Verein gegründet, der den Zweck hat, den Bau eines allen Anforderungen entsprechenden Vereinshauses zu ermöglichen, das den Namen „Arbeiterheim“ führen soll.

Arbeiterbewegung.

Au die Tabakarbeiter Deutschlands! Collegen! Die Steuerborlage ist gefallen, aber der Reichsregierung ist der Appetit nach einer Mehrbelastung des Tabaks noch nicht vergangen und hat auch der Schatzsecretär Graf Posadowsky erklärt, daß die Regierung auf den Tabak nicht verzichten könne, es sei denn, der Reichstag wolle in eine Mehrbelastung des Bieres. Wir wissen nun nicht, ob der Reichstag auf dieses Project eingehen würde, aber wir sind fest überzeugt, daß die Regierung doch immer und immer wieder auf den Tabak zurückgreifen wird, weil der Tabak in ihren Augen das denkbar beste Steuerobject abgibt. Wir müssen also darum stets auf der Wacht und gerüstet sein, unsere vitalsten Interessen zu verteidigen. Collegen Deutschlands! Wir unterbreiten Euch deshalb folgenden Vorschlag: Um eine geregelte Agitation und zweckentsprechende Abwehr bei einer neuen Steuerborlage in Scene setzen zu können, findet im Monat August eine Conferenz von Delegirten der einzelnen Provinzialcommissionen statt, welche Mittel und Wege zu berathen hat, wie der drohenden Gefahr einer ständigen Beunruhigung der Industrie zu begegnen ist. Dieser Vorschlag ist in den Versammlungen allerorts zu erwägen und den Provinzialcommissionen von dem Resultat Mittheilung zu machen; gleichzeitig ist auch die Kostenfrage in den Kreis der Erwägung zu ziehen. Wir würden vorschlagen, von den 14 Commissionen je einen, höchstens zwei Mann zu delegiren. Wir legen besonderen Werth auf unseren Vorschlag, die Delegirten aus den Mitgliedern der bisher bestehenden Provinzialcommissionen zu ernennen, weil diese Art der Organisation bei der vergangenen Campaigne sich unserer Ansicht nach sehr gut bewährt hat und die betheiligten Personen schon mit dergleichen Arbeit sich vertraut machen konnten. Collegen Deutschlands! Erwägt diesen unsern Vorschlag in Euren Versammlungen und zwar baldigst. Laßt Eurer zuständigen Commission schnell Nachricht zukommen. Ueber Zeit und Ort würde man sich bald verständigen. Glaubt nicht, der Plan sei verfrüht, die Erklärungen der Regierungsvertreter zwingen uns zu frühzeitigen Gegenmaßnahmen, ferner sind wir der Majorität des Reichstages gegen eine höhere Tabaksteuer nicht so sicher, als daß wir die Agitation gegen neue Tabaksteuerpläne nicht immer in Fluß behalten sollten. Wir dürfen uns nicht in Sicherheit wiegen und uns nicht aberrumpeln lassen. Diese Ansicht hat hier die Oberhand behalten und geben wir hiermit die Anregung, zum kommenden Feldzug jetzt schon Stellung zu nehmen.

Die Commission der Tabakarbeiter Berlins.
J. K.: Karl Butry, Straßburgerstraße 17, 2 Treppen.

In Frankfurt a. M. ist die Differenz, die zwischen den Inhabern der Gebr. Freitag'schen Brauerei und deren Küfern schwebte, beigelegt. Die Jahrburschen hatten sich mit den Küfern solidarisch erklärt und dadurch die Firmeneinhaber zur Nachgiebigkeit bezogen. Durch Vermittelung des Gewerkschaftsraths kam dann ein Vergleich zu Stande, wonach die gemafregelten Küfer wieder eingestellt werden, die Arbeitszeit auf 10 Stunden reducirt und der Minimallohn für Küfer und Jahrburschen auf 20, für Hilfsarbeiter auf 19 M. festgesetzt ist.

Aus Mährisch-Schönberg wird gemeldet: In der Seidenwaaren-Fabrik von Franz Bujatti wurde den Arbeitern der bisherige Lohn um 30 bis 50 Procent reducirt und als Ersatz die Bedienung von zwei Maschinen angeboten. Es dürfte am 22. d. M. deshalb zu einem Ausstande kommen. Beschäftigt sind in der Fabrik 600 Arbeiter und Arbeiterinnen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Zur Ergänzung der früheren Meldungen sei berichtet, daß der Streik der Bergarbeiter in Raschitz deshalb ausbrach, weil der mit dem Betriebsleiter im Einverständnis mit dem Werkstättenchef ausbedungene Accordlohn bei der letzten Auszahlung nicht gezahlt wurde. Die Streikenden verlangen: 1. Ausfolgung des bedungenen Accordlohnes; 2. Befreiung des Betriebsleiters v. Venc und des Obersteigers Carl Rager. Der Streik dauert fort. Die Oberverwaltung ließ in Eile die Lohnlisten ausfertigen und machte Wiene, die Streikenden alle zu entlassen. Im letzten Moment bejamm man sich jedoch eines besseren, dafür wurde Militär requirirt, und thatsächlich sollen schon 16 Waggons Militär nach dem Streikgebiet abgegangen sein. In den Gasthäusern wurde für 400 Mann Menage bestellt.

Der Streik der Maurer in Meran in Tirol steht gut. Es ist noch kein Streikbrecher zu verzeichnen. Die städtischen Maurer, die der Turberverwaltung und die einer Bauunternehmerin erhielten die Forderungen (Zehnstundentag und höherer Lohn) von vornherein bewilligt, 8 kleine Bauunternehmer bewilligten während des Streiks. Gegen 550 Maurer und Handlanger streiken noch, über 40 sind abgereist. Zum Siege ist aber finanzielle Unterstützung nöthig, da viele der Unabhängigen verheirathet sind. Sendungen sind an die Gewerkschafts-Commission, Wien VI, Copernicusgasse 12, zu senden.

In Budapest hatten die Bädermeister, da kein Ersatz für ihre streikenden Arbeiter eintraf, sich schüssig gemacht, deren sämtliche Forderungen zu bewilligen. Doch wollten die Herren unter Berufung darauf die Brotpreise um 10 Procent erhöhen. Das war am Sonntag. Der Streik schien beendet. Am Montag brach die nette Gesellschaft bereits wieder ihr Wort, und nun ist der Streik aufs Neue erklärt.

In Rosmarl in Ungarn hat der kürzlich gemeldete Streik der Stickerer-Arbeiter mit deren vollständigem Siege geendet.

Die Bauarbeiter von Basel haben den Zehnstundentag und 4 Francs garantirt. Tageslohn im Princip anerkannt und sich damit den Wünschen der Arbeiter entgegenkommend erwieser. Beide Theile werden in Folge dessen demüthlich in Frieden auseinanderkommen.

Loblich's Etablissement.
Neues Sommer-Theater.
Direktion: F. Witte-Wild.
Freitag:
"Lata-Loto."
Sonnabend:
Dieselbe Vorstellung.

Victoria-Theater.
(Sinnauer-Garten).
Budapester
Possen-Theater.
Anfang des Concerts 7 Uhr.
der Vorstellung 7 1/2.

Geld! Geld! Geld!
für Uhren, Gold- u. Silberfachen,
Sparkassenbücher, Wäsche,
Kleidung, Betten im concessionirten
Handelshaus
58a, Friedrich-Wilhelmstraße 58a,
Gustav Reibstirn.

Farin

bester, weißer, Pfd. 23 Pfg.
Kaffee, Carlsbader Mischung, von
gutem Aroma, vorzüglich Geschmack,
Pfd. 1.80 Mk. 3794
andere Sorten p. Pfd. 1.20—1.80 Mk.
Cacopulver, leicht löslich, von köstlichem
Geschmack, Pfd. 1.50 Mk.
Wienergries, Pfd. 14 Pfg.
Graupen per Pfd. von 10 Pfg. an.
Beste Weizenstärke 22 Pfg.
Beste Weizenstärke billig.
Amerik. Petroleum, Str. 18 Pf.
Weichen Pflanzenmehl, Pfd. 18 Pfg.
Feinste Tafelmargarine, Pfd. 65 Pfg.
Bestes Speisefett, Pfd. 58 Pfg.
Cognac, Rum, sowie seine Liköre.
E. Adamy, Marktstr. 99,
Salzstr. 1.

Blousen

aus modernen höchst geschmackvollen
Frühjahrsstoffen in den neuesten An-
führungen zu ansehnlich bill. Preisen bei
S. Danziger
20 Adalbertstraße 20
neben der Post. 3798

Dauerhafte
Stiefeln u. Gamaschen
kauft man am reellsten
und billigsten nur bei
Adolf Gottwald
Volkslieferant 3579
Neumarkt 44.

!Brot!

groß und schmackhaft,
sowie Weiß- u. Frischwaren liefert
die Bäckerei von
Paul Zorowka,
65, Kurze-Gasse 65.

F. Weich,
Friedrich-Wilhelmstr. 5.
Beste Bezugswache
für 2716

**Herrn- u. Knaben-
Garderobe.**
Großes Lager, billigste Preise.
F. Weich,
Friedrich-Wilhelmstr. 5.
Kaufmann u. Mod. des. u. billig.

Socialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.

Sonntag, den 23. Juni:
Dampferfahrt nach Ohlau.
Person à 1 Mk., Kinder 50 Pfg. Abfahrt vom Augustaplatz 5 1/2 Uhr Morgens.
Karten sind zu haben: Im Vereinslokal Neumarkt 8, „Drei Tauben“, Mühlg. Burgfeld 15, IV, Redner, Blücherstrasse 24, I., Pätzold, Brüderstrasse 2g, IV, Liebezelt, Schulgasse 19, III, Kresse, Bismarckstrasse 34, IV, Burgund, Vincenzstr. 8, III, Skowronek, Ottostr. 46, I und in der Exped. der Volkswacht
Der Vorstand.

Gesangs-Abtheilung
des sozialdemokrat. Vereins für Breslau und Umgegend.
Jeden Freitag von 8—11 Uhr:
Übungsstunde
im Vereinslokal (Neumarkt Nr. 8).
Pünktliches Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht.
Beiträge zum Verein werden entgegen genommen.
Der Obmann.

Socialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.
In nachstehend verzeichneten Lokalen werden regelmäßig jeden
Sonnabend Abend von 8 1/2 Uhr ab Vereinsbeiträge erhoben.
Edlich, Neumarkt 8 (3 Tauben), Jänisch Brauerei, Heinrichstraße.
Die am Montag im Vereinslokal stattfindenden Kassenabende bleiben
ebenfalls bestehen.
Der Vorstand.

Öffentliche Versammlung
der Postarbeiter und Postarbeiterinnen.
Sonnabend, den 22. d. Mts., Abends 8 Uhr
in **Thiele's Local, Debrauerstraße Nr. 74.**
Tagesordnung: 1. Vortrag des Redacteur Genossen Bruhn's.
2. Bericht der Commission, betr. Postarbeiterverband, eventl. Gründung
einer Zählstelle desselben. 3. Verschiedenes.
Um vollzähliges Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Georg Dienstfertig
Schnittwaaren- u. Wäsche-Geschäft
Friedrich-Wilhelmstr. 77, 2. Laden vom Königsplatz links
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in
Kleiderstoffen, Leinen, Cattune, Züchen, Julettis,
Herrn- und Damen-Wäsche
sowie 2746
fertige Confection
zu fabelhaft billigen aber streng festen Preisen.
Größte Auswahl in Arbeiter-Hosen, Hemden und Blousen.
Jeder Käufer erhält eine Gratis-Zugabe.



Schube u. Stiefel
für Knaben und Mädchen
in größter Auswahl
zu billigsten Preisen.
Ludwig Herz,
Blücherplatz 4, neben der
Königsplatz

Neu eröffnet!
S. Krebs
Modewaaren- und Wäsche-Geschäft
Debrauer-Strasse Nr. 25, Ecke Nachod-Strasse
vis-à-vis der Seidenwaaren-Gasse
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in
Kleiderstoffen, Leinen, Cattune, Züchen, Julettis
Herrn-, Damen- und Kinder-Wäsche,
sowie 3501
Herrn- Damen- und Knaben-Confection
Arbeiter-Hosen, Blousen u.
zu sehr billigen, aber festen Preisen.

Sumatra
20 Sorten von 1.40 bis 4.— per Pfd.
La la Ceylon-Jambit à Brand 1.15 u. 1.20 Mk.
Früher Ceylon mit Jambit 0.70, 0.75 u. 0.80 Mk.
Fein-Bratt-Ceylon von 1.— bis 1.50 Mk.
Fein-Bratt-Jambit und -Tea von 1.30 bis 2.40 Mk.
Plantagen-Ceylon von 0.30 bis 0.80 Mk.
Pewings, Ceylon und Java-Bildung.
Johannes Kubis, Grünauplatz 1,
in der
Ceylonstraße.

Musik-Instrumente.
Alle Blas-, Streich- u. Schlag-Instru-
mente, Spielbosen zum Drehen u. selbst-
spielend, Musik-Automaten fertigt
S. Cohn, Kupfer-Schmiedestr. 17. 3918

Wichtig
für Droschkenfuhrwesen.
Droschken-Jaquets v. 8 Mk. an, sowie
gebrauchte Droschkenmäntel sind am
billigsten zu haben nur bei
3950
D. Juliusburger,
31. Kupfer-Schmiedestr. 31.



Paul Quitt, Schuhmachermeister.
Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 1. 3866
Empfehle mein großes Lager selbstgefertigter
dauerhafter Schuhwaaren
für Herren, Damen und Kinder.
Herren-Gamaschen 6,50 Mk., Damen-Gamaschen
4 Mk., Mädchen-Gamaschen 2,75 Mk., Kinderschuhe, gefüttert v. 50 Pf. an.

Arbeiter
laufen Hosen, Hemden, Jacken,
Blousen, Chemisettes, Gra-
vatten am billigsten und
besten nur bei 3948
H. Glauer,
Friedrich-Strasse Nr. 56.

Cigarren u. Cigaretten
sowie sämtliche
Schreibmaterialien
empfiehlt
E. Simon,
Friedrich-Wilhelmstr. 49. 3822

Der Süddeutsche Postillon
Nr. 13,
humorist. satyrisches Witzblatt.
Preis 10 Pfennig.
Zu beziehen durch alle Colporteurs
Vereins-Kalender.

Breslau.
Verband der Handschuhmacher
Deutschlands (Ortsverein Breslau).
Sonnabend, d. 22. Juni, Abds. 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung bei Friedrich
(Plautiusplatz). — Besprechung über
das Stiftungsfest.
Verband der Lederarbeiter
Deutschlands. Alle 14 Tage
Sonnabends, Abends 8 Uhr: Mit-
glieder-Versammlung in Schmidt's
Restaurant, Grenzhausegasse 4.
Central-Kranken- und Sterbe-
kasse der Böttcher. Sonnabend,
den 22. Juni: Kassenabend in
Jänisch Brauerei, Heinrichstraße 5
Freie Vereinigung aller in
der Stroh- u. Filzindustrie
beschäftigten Arbeiter und
Arbeiterinnen Breslau's.
Alle 14 Tage Sonnabends Abds. 8 Uhr:
Kassenabend bei Stasinowski,
Junkerstraße 20.
Verband der Buchbinder u.
(Zählstelle Breslau) Alle Sonnabende
Mitglieder-Versammlung und Zahl-
abend im Vereinslokal Hotel zu den
drei Bergen, Büttnerstraße 33. —
Gäste stets willkommen.

Sonnabend, den 22. Juni:
Deutscher Metallarbeiter-
Verband (Klempner). Jeden zweiten
Sonnabend im Morat, Abends von 8
bis 10 Uhr: Mitglieder-Ver-
sammlung. Entgegennahme der Bei-
träge, Ausgab. des Verbandsorgans,
sowie Umtausch der Bibliotheksbücher
im Vereinslokal verbunden mit Ar-
beitsnachweis bei Jabel, Al. Groschen-
gasse 15. — Aufnahme neuer Mit-
glieder. — Die Central-Heberge be-
handelt sich in Edlich's Brauerei
zu den drei Tauben, Neumarkt 8.
Metallarbeiter-Verband (Zahl-
stelle Breslau) (Schloffer) Abends
8 Uhr: Kassenabend, Ausgabe des
Verbandsorgans, Umtausch der
Bibliotheksbücher u. Aufnahme neuer
Mitglieder im Local zu den drei
Tauben, Neumarkt 8.

Central-Kranken- und
Sterbekasse der Tischler
und anderer gewerblicher
Arbeiter (Hamburg). Abends
8 Uhr: Kassenabend und Auf-

nahme neuer Mitglieder in Heider's
Brauerei, Herrenstraße 19 (Ecke
Engelsburg).
Verein zur Regelung der ge-
werblichen Interessen der
Töpfer und Berufsgenossen
Breslau's. Kassenabend. Vereins-
versammlungen jeden Sonnabend vor
dem 15. jeden Monats bei Mertin
Al. Groschengasse 11.
Deutscher Holzarbeiter
Verband. (Zählstelle Breslau).
Vereins- u. Kassenabend
in Jänisch's Brauerei, Heinrichstr. 5.
Central-Kranken- und
Sterbe-Kasse der Taba-
arbeiter Deutschlands (E.
H.) Abends v. 8—10 Uhr: Kassen-
abend in Edlich's Brauerei, Neu-
markt 8. Aufnahme neuer Mitglieder.
Gauverein Breslauer Bild-
hauer. Abends 9 Uhr: Vereins-
abend im Restaurant „zum Bär auf
der Orgei“, Kupfer-Schmiedestr. 39.
Vereinigte Gutmacher. Abds.
von 8—10 Uhr: Kassenabend im
„rothen Löwen“.

Allgemeine Kranken- und
Sterbe-Kasse der deutschen
Drechsler u. der verwandten
Berufsgenossen. (E. H. 86,
Hamburg) Abends von 8—10 Uhr:
Kassenabend in Leopold's
Restaurant Hummerstr. 32.

Deutscher Metall-Arbeiter-
Verband, Section der Zeugschmiede
u. Waagenbauer, Zahlabend und Auf-
nahme neuer Mitglieder v. 8—10 Uhr
Abends in der Restauration bei Herrn
Galle, Andersjohannstraße 4.

Verband deutscher Gold-
und Silberarbeiter und ver-
wandter Berufsgenossen. —
(Zählstelle Breslau). — Abends
8 Uhr: Vereins- und Kassen-
abend in Hüters Lokal, Behn-
damm 28. — Aufnahme neuer Mit-
glieder.

Verein deutscher Schuh-
macher (Zählstelle Nr. II) Abends
8 Uhr in Berg's Restaurant,
Bismarckstr. 32.

Allgem. Kranken- und Sterbe-
Kasse der Metallarbeiter.
(E. H. 29.) Abends von 8—10 Uhr
und jeden Sonntag nach dem 15.
jeden Monats von 12—2 Uhr Kassen-
tag im „goldnen Hecht“, Reusche-
straße 65. — Aufnahme neuer Mit-
glieder

Localverband deutscher
Zimmerer. Breslau. Abends
von 8—10 Uhr: Kassenabend des
Verbandes der Zimmerer Breslau's,
sowie Zahlabend der Central-Kranken-
kasse im „Grünen Hirsch“, Ober-
straße Nr. 3. — Aufnahme neuer
Mitglieder.

Verein Deutscher Cigarren-
Sortierer. (Zählstelle Breslau.)
Kassenabend von 8—10 Uhr bei Hrn.
Böckel, Nicolaitstraße 37.

Verband der Sattler u. Tape-
zierer: Mitglieder-Versammlung im
Vereinslokal, Rantlergasse 15.
Volksverein Liegnitz.
Montag, den 24. Juni, Abends
8 Uhr: Mitglieder-Versammlung.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand

Ordnungsparteiliche Lügenpeter.

In der Unwahrhaftigkeit, die ihnen zur zweiten Natur geworden ist, suchen conservative wie liberale und „unparteiliche“ Blätter jede Gelegenheit hervor, um ihre gläubigen Leser dahin zu belehren, daß die Socialdemokratie, sobald sie irgendwie zur Herrschaft gelangen würde, nur Unheil anrichten und den Beweis ihrer Unfähigkeit und vollendeten moralischen Verkommenheit liefern könnte. Mit Vorliebe werden zu diesem Zwecke neuerdings Nachrichten über französische Städte gebracht, die sich einer socialistischen Mehrheit des Gemeinderathes erfreuen. Mit unglaublicher Redlichkeit wird darüber das Blaue vom Himmel heruntergelogen. „Verleumde nur frisch drauf los, etwas bleibt doch hängen!“ denken sie und da lügen sie eben frisch drauf los. Einige Dumme finden sich ja doch immer wieder, die die albernen Märchen glauben.

Was über die angeblichen Verhältnisse der socialistischen Gemeinderathe von Marseille und von den deutschen ordnungsbrüderlichen Lügenpeteren zusammengefabelt worden ist, geht auf keine Ruhhaut. Der beste Beweis dafür, daß die besten Nachrichten aus der Luft gegriffene Lügen waren, liegt darin, daß die verleumdeten socialistischen Gemeinderathe unlängst mit erdrückender Mehrheit wiedergewählt wurden.

Ein ganz besonders saftiges Proböchen staatsverhaltender Verlogenheit ist folgendes. Vor einiger Zeit ging durch die eingangs bezeichnete Presse ein Artikel mit der Spitzmarke: „Besonders lehrreich ist die Geschichte der Stadt Perpignan unter der socialistischen Verwaltung.“ In diesem Artikel wurde erzählt:

„Dort — in Perpignan nämlich — wurde vor etwa zehn Jahren ein socialistischer Stadtrath gewählt, der bei seinem Amtsantritt in der Stadtkasse 125,000 Fr. vorfand, welche die frühere republikanische Stadtverwaltung gespart hatte. Unter der Herrschaft der Socialisten, die mehrere Wahlperioden hintereinander im Ruder blieben, wurde nicht bloß dieser Schatz verausgabt, bald zeigte der städtische Haushalt auch einen Defizitbetrag, 1888 hatte die Stadt bereits 100,000 Fr. Schulden und mußte, um nur die notwendigen öffentlichen Arbeiten ausführen zu können, schon eine Anleihe aufnehmen. Für einige Zeit war man als wiederholt. Die einzelnen städtischen Verwaltungszweige kamen in die größte Verwirrung, die Einnahmen aus den städtischen Steuern gingen immer mehr zurück. Das hinderte die socialistischen Stadtväter aber keineswegs, das Geld der Steuerzahler weiter zu verschwenden. Als 1889 in Paris die Ausstellung war, wollten die Socialisten in Perpignan es der Hauptstadt gleichthun. Sie veranstalteten auch eine Ausstellung mit Hauptgebäude, Maschinenhallen, leuchtenden Springbrunnen u. s. w. Ein Vierteljahr lang feierten sie Feste, veranstalteten Bälle, Gastmähler und „Bunchs“; sie hielten sich ein eigenes Theater, ließen große Ausstattungsstücke aufahren und sich natürlich auch ein Balletcorps kommen. In weniger als vier Jahren hatten sie 600,000 Mark Schulden gemacht und die Stadt stand vor dem Bankrott. Schließlich war das Geld so knapp, daß am Monatsluß nichts mehr da war, um die Beamten zu bezahlen und daß der Stadtsecretär aus eigener Tasche Freimarken für die städtischen Briefschaften ausgeben mußte. Mittlerweile gingen aber auch den Steuerzahlern die Augen auf. Im Mai 1892 jagten die socialistische Gesellschaft aus dem Stadthause, die diese zehn Jahre lang gehaust hatte, und ein republikanischer Stadtrath wurde mit großer Mehrheit gewählt. Beim Prüfen der Rechnungen fanden sich merkwürdige Posten, so über Lieferung von Bunch, Garten und so weiter, dagegen waren öffentliche Arbeiten und Einrichtungen, die dem Gemeinwohl, namentlich der arbeitenden Bevölkerung, zu gute gekommen wären, unterblieben oder vernachlässigt. In Perpignan wurden unter Herrschaft der socialistischen Stadtverwaltung 805,000 Franks für Gastereien u. s. w. angewandt, von denen die arbeitende Bevölkerung gar nichts hatte. Die republikanische Stadtvertretung mußte die hollösen Handwerker erst wieder Arbeitslosigkeit schaffen.“

Das Schurriqste an der ganzen Geschichte nun, daß Perpignan noch nie eine socialistische Gemeindevertretung besaß und somit nie unter socialistischer Verwaltung stand. Ja, es ist nicht mehr als fraglich, ob es in Perpignan, das namentlich durch seine Cathedrale und seinen Großhandel mit Wein, Del und Seide bekannt ist, überhaupt

irgend eine socialistische Bewegung giebt, da diese Stadt wohl eine Handelskammer und mehrere Unternehmerverbände beherbergt, in Bezug auf die Arbeiter-Verbindungen aber nichts als eine einzige Gewerkschaft aufzuweisen hat und zwar eine Tischlergewerkschaft mit 25 Mitgliedern. Wenn also die „Geschichte der Stadt Perpignan“ irgendwie „besonders lehrreich“ ist, so nur in Bezug auf die Kampfweise unserer Gegner. Ohne Lügen, Verdrehungen und Fälschungen geht es bei ihnen eben nicht ab.

Gerichtliches.

* Wegen eines gemeinen Heirathschwunders hatte sich am 19. d. M. der Brunnenbauer Berthold Griffig aus Striegau vor der zweiten Strafkammer des Breslauer Landgerichts zu verantworten. Der inzwischen mehrmals wegen Betruges bestrafte Angeklagte hatte vor zwölf Jahren in Kostenblut mit einem Dienstmädchen ein Verhältnis angeknüpft, das zwei Mal von Folgen begleitet war. Zu Ostern v. J. erneuerte er das dem Mädchen schon früher gegebene Heirathsversprechen und lockte ihr daraufhin, ein Sparbüchlein über 200 Mark — ihr ganzes erspartes Geld — ab, um nachher gar nichts mehr von sich hören zu lassen. Schon früher einmal hatte er von ihr 22 Mark entliehen und bei dieser Gelegenheit auch 18 Mark zur Abwendung an den Vater des Mädchens anvertraut erhalten, diesen Betrag aber unterschlagen. Der Gerichtshof verurtheilte Griffig wegen Unterschlagung und Betruges zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr sechs Monaten und zwei Wochen Gefängnis und zu dreijährigem Ehrverlust. Aus seinem letzten Wohnort Striegau war der Angeklagte nach Erhebung der Anklage flüchtig geworden; er wurde flehentlich verfolgt und trieb sich in Schweidnitz, Volkshain und anderen Orten umher, wo er zahlreiche Betrügereien verübte, wegen deren er sich auch noch zu verantworten haben wird.

Ein Nachspiel der Leipziger Stadtverordnetenwahl wickelte sich am Sonnabend vor dem Leipziger Landgericht ab. Es handelte sich um eine Anklage wegen Beleidigung des Leipziger Stadtraths und der Stadtverordneten in einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ und in Flugblättern, die eine scharfe Kritik an der bekannten Aenderung des Wahlrechts zum Leipziger Stadtverordneten-Collegium geübt hatten. Angeklagt waren die Genossen Mohs, Kagenstein und Heinisch. Das Urtheil lautete gegen Mohs auf drei Monate, und gegen Kagenstein fünf Monate; Heinisch wurde freigesprochen. Dem Rath und den Stadtverordneten wurde die Befugniß zugesprochen, innerhalb drei Wochen nach Rechtskraft, den verfügenden Theil des Urtheils auf Kosten des Mohs und Kagenstein je ein Mal in der „Leipziger Volkszeitung“ und den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ zum Abdruck zu bringen. Die noch vorhandenen Exemplare der Flugblätter und die Theile der Nummer 54 und 55 der „Leipziger Volkszeitung“, die den Artikel und den Aufruf enthalten, sowie die noch vorhandenen Formen und Platten sind einzuziehen bez. unbrauchbar zu machen. Das Gericht hat den Angeklagten wohl den Schutz des § 193 zugebilligt; da die in Frage kommenden Ausdrücke aber weit über die in dem § 193 vorgezeichnete Form hinausgehen, so seien Mohs und Kagenstein zu bestrafen gewesen. Bei der Strafmessung habe man berücksichtigt einerseits, daß die Artikel schwere Beleidigungen enthalten, sehr aufreizend gewesen seien und eine sehr weite Verbreitung gefunden haben und andererseits zu Gunsten der Angeklagten, daß sie sich damals in ihren Interessen beschränkt glaubten, daß der Wahlkampf ein sehr erregter war, bei Mohs noch, daß er die Worte nicht so erwogen haben möge. Heinisch konnte nicht nachgewiesen werden, daß er den Inhalt der Flugblätter gekannt hat; er wurde deshalb freigesprochen.

Wegen Beleidigung der preussischen Bergverwaltung hatten sich Montag der Redacteur des „Vorwärts“, Böhmig, und ein Bergarbeiter, Fries, zu verantworten. Es handelte sich um einen Artikel, der aus Anlaß des Bergarbeiter-Congresses die Zustände im Saargebiet in scharfen Worten kennzeichnete. Es wurde der Wahrheitsbeweis angetreten und die Zeugen commissarisch vernommen. Ein großer Theil der letzteren hat behauptet, daß sie nach ihrer vollen Ueberzeugung nur entlassen worden seien, weil sie bei der Arbeiterorganisation irgend einen Posten bekleideten. Einige Zeugen haben bekundet, daß sie verwirrt worden seien, da sie „beobachtet“ würden. Was die Verfolgung der Arbeitervereine durch die Bergbehörde betrifft, so verlas der Verteidiger ein Schreiben der Handelskammer zu Saarbrücken, worin diese von der Bergverwaltung ausdrücklich fordert, daß sie nur solche Arbeiter wieder annehme, die aus dem Rechtsschutzvereine ausgetreten wären. Nach den Behauptungen eines anderen Zeugen hätten die Beamten sogar den Austritt aus dem Consumverein gefordert und eine schriftliche Erklärung verlangt, daß die Arbeiter nie wieder eintreten wollten. Der Gerichtshof war der Meinung, daß in dem Artikel nur Meinungsäußerungen in Frage ständen, deren Form die Absicht der Beleidigung klar zeigten. Dem zweiten Angeklagten wurde an sich der Schutz des § 193 zugebilligt, dem angeklagten Redacteur Böhmig aber verjagt. Das Urtheil lautete gegen Böhmig zufänglich auf 2 Monate, gegen Fries auf 4 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 14 Tagen Untersuchungshaft, ferner auf Publikationsverbot für die Bergverwaltung in Saarbrücken und auf Unbrauchbarmachung der Platten und Formen.

Unschuldig zu acht Jahren Zuchthaus verurtheilt! Eine Mahnung zur Reform des Proceßverfahrens und der Schwurgerichte! Das alles menschliche Wissen und Können Stückwerk ist und daß der Dichter Recht hat, wenn er ausruft: „Vernunft wird Unfinn, Wohlthat Plage“, beweist der nachfolgende Straffall. Die Richter, welche solche Urtheile fällen, trifft indessen, wie wir ausdrücklich hervorheben wollen, nicht der geringste Vorwurf, denn sie müssen das (geschriebene) Gesetz anwenden, wie es

ist und nicht, wie es sein könnte. — Es handelt sich um die Verurtheilung einer Frau zu langer Zuchthausstrafe. Vom Schwurgerichte Kiel ist am 4. Mai die Hebamme verehel. Emilie Lojewski wegen Anstiftung und Verleitung zum Meineide zu 8 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. Die Geschworenen erachteten für erwiesen, daß sie ihre Tochter, die am 25. November 1878 geborene Anna Lojewski veranlaßt hat, am 25. März 1894 vor dem Amtsgerichte Königsberg den von ihr geleisteten Eid wissentlich durch ein falsches Zeugniß zu verletzen. Die Tochter selbst ist zwar für schuldig befunden, aber von Strafe freigesprochen und nur einer Erziehungsanstalt überwiesen worden. — Die von der verehel. Lojewski eingelegte Revision verwies darauf, daß die Tochter, als sie den Eid leistete, noch nicht 16 Jahre alt, also noch nicht eidesmündig war und daß deshalb der Eid derselben nicht als Eid anzusehen sei. — In der heutigen Verhandlung der Sache vor dem 4. Strafsenate des Reichsgerichts erklärte Herr Reichsanwalt Dr. Menge die Revision für begründet und führte wörtlich folgendes aus: „Es ist ausdrücklich festgestellt, daß die Tochter, als sie den Eid leistete, noch nicht 16 Jahre alt war. Es ist ständige Praxis des Reichsgerichts, daß eine Person unter 16 Jahren nicht eidesfähig ist und keinen Meineid leisten kann. Der erste Strafsenat hat ausdrücklich ausgesprochen, der von einem Eidesunmündigen geleistete Eid sei kein Eid und die wissentliche Verletzung eines solchen sei kein Meineid. Die Thäterin ist also hier jedenfalls zu Unrecht verurtheilt, denn verurtheilt ist sie, wenn sie auch von Strafe freigesprochen und nur zur Unterbringung in einer Erziehungsanstalt verurtheilt worden ist. Es fehlt in demjenigen Falle, in welchem ein Eidesunfähiger einen Eid leistet, für den Thatbestand des Meineides an einem objectiven Erfordernisse, und es kann deshalb eine Anstiftung zu dieser That nicht strafbar sein. Möglich bleibt es ja immer, daß die That der Mutter sich darstellt als ein Unternehmen der Verleitung zum Meineid (§ 159 Str.-G.-B.), aber als Anstifterin ist sie, wenn man alles das für thatsächlich festgestellt hält, was aus dem Urtheile hervorgeht, nicht zu bestrafen. Die Angeklagte ist nun verurtheilt zu 8 Jahren Zuchthaus. Für die Anstiftung sind 6 Jahre Zuchthaus ausgeworfen, d. h. noch ein Jahr mehr, als das höchste Strafmaß, das nach § 159 erkannt werden könnte. Die Sache liegt zweifellos so, daß die Angeklagte sowie ihre Tochter, die Revision nicht eingelegt hat, zu Unrecht verurtheilt sind. Es fragt sich nun, wie dem Urtheile beizukommen ist, da ein die Schuldfrage im vollen Umfange behandelnder Geschworenenpruch vorliegt. Man könnte an eine doppelte Möglichkeit denken. Man sagt, der Geschworenenpruch ist unantastbar. Aber wenn das Gericht, indem es diesen Spruch seinem Urtheile zu Grunde legt, daneben feststellt, daß die Anna Lojewski noch nicht 16 Jahre alt war, als sie den Eid leistete, so mußte es trotz des Schuldspruches dahin kommen, zu sagen: die Angeklagte ist straffrei, denn es liegt ein Meineid im Sinne des Gesetzes nicht vor. Ich halte das aber für bedenklich. Denn wenn die Geschworenen über die ganze Schuldfrage zu urtheilen haben, so kann es dem Gerichte nicht offen bleiben, ein Thatbestandsmoment selbstständig zu erörtern und zu sagen: obgleich die Geschworenen erklärt haben, das sei ein Eid, nehmen wir doch an: es ist kein Eid. Aber es bleibt ein anderer Weg, dem Urtheile beizukommen. Wenn das Gericht gegenüber diesem Geschworenenpruche feststellt, daß Anna Lojewski noch nicht 16 Jahre alt war, als sie den Eid leistete, so ist das eine Feststellung zu der das Gericht befugt war. Die Unangreifbarkeit eines Geschworenenpruches beruht lediglich darauf, daß das Reichsgericht, weil die Geschworenen nicht genöthigt und nicht in der Lage sind, Gründe für ihre Entscheidung anzugeben, auch nicht in der Lage ist, die Gründe zu prüfen, welche die Geschworenen zu ihrem Spruche gebraucht haben. Ist das die ratio, so findet diese Unmöglichkeit der Aufhebung von Geschworenenprüchen in der Revisionsinstanz auch darin ihre Grenze. Sobald man die Gründe der Geschworenen in ihrem vollen Umfange erkennen kann, darf das Reichsgericht sie auch prüfen und den Geschworenenpruche aufheben, welcher rechtsirrhümlich ist. Stellt das Schwurgericht fest, daß der Eid von einem Unmündigen geleistet worden ist, so liegt keine That vor, über welche die Geschworenen einen Schuldspruch fällen konnten, und das Reichsgericht ist in der Lage, das ungerichte Urtheil aufzuheben. Die Aufhebung muß sich auf beide Angeklagte erstrecken, denn da materielle Gesetzesverletzung gerügt ist, muß die Aufhebung auch zu Gunsten der Tochter wirken. Die Tochter wird direct freizusprechen sein, begünstigt der Mutter wird die Sache an die Strafkammer zu verweisen sein, da nur noch zu prüfen bleibt, ob ein Unternehmen der Verleitung zum Meineide vorliegt.“ — Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts entschied nun leider nicht in diesem Sinne. Er erkannte auf Verwerfung der Revision unter folgender Begründung: „Wenn die Bemerkung der Urtheilsgründe, daß die Tochter, als sie den Eid leistete, noch nicht eidesmündig war, formell beachtlich wäre, so würde die Verurtheilung der Tochter wegen Meineides und der Mutter wegen Anstiftung dazu, als rechtsirrhümlich anzusehen sein. Diese Bemerkung kann aber keine Beachtung finden, denn irgend eine Feststellung zu treffen, war der Schwurgerichtshof nicht berechtigt. Ueber die Thatfrage haben allein die Geschworenen zu entscheiden und diese haben hier, indem sie die Frage bejahten, ob die Tochter einen Meineid geleistet habe, zugleich festgestellt, daß sie eidesfähig war, einen Meineid zu leisten. Welche thatsächlichen Grundlagen dieser Spruch gehabt hat, ist wie in allen anderen Fällen nicht anerkennbar, namentlich auch dadurch nicht, daß der Schwurgerichtshof unter Ueberziehung seiner Competenz eine Feststellung getroffen hat.“ — Fragen darf man wohl, wie es kommen konnte, daß trotz der vom Reichsanwalte erhobenen Reichsgerichtsbeschwerden, welche doch den unteren Instanzen bekannt sein sollen, Anklage vor dem Schwurgerichte erhoben worden ist.

Locales.

Breslau, den 21. Juni 1895.

* Herr Paul Hennig behauptet in einem Schreiben, das er an uns richtet, es seien unwahrer Weise Gerüchte verbreitet, er habe von der Partei Mk. 500 Unterstützung gefordert. Thatsächlich habe er nur Mk. 300 verlangt, die er zur ratenweisen Deckung der ihm erwachsenden Proceßkosten verwenden wollte. Seine Forderung sei jedoch sowohl von den Breslauer Vertrauensleuten wie von der dann angerufenen Parteileitung in Berlin abgelehnt worden. Im Anschluß an diese Mitteilung erklärt uns Herr Hennig dann seinen Austritt aus der socialdemokratischen Partei, den er mit dem Bedürfnis motiviert, alle Brücken zwischen sich und seinen ehemaligen „Genossen“ abzubrechen.

* Stadtverordneten-Versammlung. In der gestrigen Sitzung wurde zunächst u. A. mitgeteilt, daß noch einige größere Vorlagen vor den Ferien in Aussicht stehen. Dieselben betreffen die Erhöhung der für das Schlaßhofhaus bewilligten Credite aus Anlaß von neuerdings notwendig gewordenen Erweiterungen der Schlaßhof- und Wäghofanlage aus sanitären und wirtschaftlichen Gründen. Ferner ist es erforderlich, über einige die Erweiterung der Schwemmanalysation betreffende Angelegenheiten, die zum Theil in Folge des Schiffahrtsanalysbauens in ein dringliches Stadium getreten sind, alsbald eine endgültige Entscheidung herbeizuführen. — Die wichtigste Vorlage, die nach Eintritt in die Tagesordnung Erledigung fand, ist der Entwurf zu einem Vertrage mit der kgl. Strom-Bauverwaltung über Vertheilung der Stadt Breslau an der Durchführung eines neuen Projectes für den Großschiffahrtsweg. Die kgl. Staatsregierung hat sich, wie schon mehrfach berichtet wurde, entschlossen, den Großschiffahrtsweg bei der Stadt Breslau in folgender Art herzustellen:

Die Alte Ober wird durch ein oberhalb der Grundesfelder Brücke einzubauendes Nadelwehr in ihrem oberen Laufe bis zum Strauchwehr hin aufgestaut und westlich vom Strauchwehr durch eine Schiffschleusen-Anlage an das Oberwasser des Stromes bezw. an den am rechten Ufer des offenen Stromes auszubauenden Hafen angeschlossen. Kurz oberhalb des neuen Nadelwehres wird auf der linken Seite der Alten Ober, gegen diese durch eine Fluthschleuse abgeschlossen, ein Schiffahrtsanalys hergestellt, der oberhalb der heutigen Großelbrücke mittelst einer zweiten Schiffschleuse wieder in die Alte Ober mündet. Von diesem Punkt abwärts dient wieder die — zu vertiefende — Alte Ober als Schiffahrtsweg. Der Canal wird durch hochwasserfreie Deiche und ein zweites Fluththor an der Unterthorung gegen die Alte Ober geschützt. Letztere dient nach wie vor in unveränderter Weise zur Abführung des Hochwassers und des Eises, indem dann die Fluththore geschlossen werden und das neue Nadelwehr niedergelegt wird.

Der Referent der Vorlage, Stadtverordneter Fabrik-Director Grund, der die Vorlage in fast einstündiger, mit Beifall aufgenommenen Rede behandelt hatte, bemerkte zum Schluß seiner Ausführungen, daß, nachdem sich bereits der bezügliche Sonderauschuß mit dem Vertragsentwurf beschäftigt habe, er nur die sofortige Annahme der Magistratsvorlage empfehlen könne. Dieselbe ist darauf ohne weitere Debatte einstimmig angenommen worden. Ebenso hatte der besondere Ausschuß für den Oberschiffahrtsweg empfohlen, den Magistrats-Antrag anzunehmen, nach welchem zu Gunsten des künftigen kaiserlichen Oberhauens das Grundstück der Breslauer Spritzenfabrik, Dampferstraße Nr. 1/2, für rund 202,000 Mark erworben werden soll; die Versammlung beschloß im Sinne dieses Ausschusses. — Die Stadtverordneten gaben ferner ihre Zustimmung zu dem Entschlusse des Magistrats, daß die Ertheilung der allerhöchsten Ermächtigung zur Herabsetzung des Zinsfußes der noch im Umlaufe befindlichen vierprocentigen Reichsbanknoten von 1880 auf 3 1/2 Procent, und zwar durch Abstempelung nachgeschickt werde. — Die Vorlage betr. die Vertheilung des Lebersteins der Sporkasse im Rechnungsjahre 1894/95 gelangte zur Ueberweisung an den Finanz-Ausschuß. In der Discussion über diesen Gegenstand war es der Stadtverordnete Handelskammerpräsident Golthein, der die Stadtverordneten darauf aufmerksam machte, daß die Veranlassung, die zu Gunsten der Vertheilung anderer Böhmen in die Vertheilung herangezogen wurde, nachtheiliger Einfluß auch auf die kaiserlichen Finanzen, insbesondere auf die Sporkasse ausüben. Er stellte deshalb an, ob es nicht angebracht sei, daß die kaiserlichen Behörden gegen die Ueberweisung der Abzugsgeldentlastung Stellung nehmen.

Nach Erledigung einiger minder wichtiger Vorlagen wurde die Sitzung um 7 Uhr geschlossen.

b. Der Arbeiter-Sängerbund vor Gericht. Wie seiner Zeit berichtet wurde, verurtheilte das Schöffengericht den Handschuhmacher Scheerbaum wegen Nichtanmeldung und Leitung der General-Versammlung des Arbeiter-Sängerbundes zu 40 Mark Geldstrafe. Sch. legte gegen dieses Urtheil Berufung ein und so fand heute vor der 3. Strafkammer des hiesigen Landgerichts wiederum eine Verhandlung statt, die mit der Verurtheilung des Angeklagten zu 20 Mark Geldstrafe, wegen Nichtanmeldung der fraglichen General-Versammlung, endete. Der Verurtheilte wird sich bei der Entscheidung des Landgerichts nicht beruhigen, sondern Revision anmelden.

e. Eine öffentliche Versammlung der Buchbinder, sowie der in verwandten Geschäftszweigen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen findet Sonntag, den 23. d. Mts., Vormittags 11 Uhr, im „Mercur“ Schußbrücke 61 (Ecke Universitätsplatz) statt. Die Collegen und Colleginnen werden ersucht, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

* Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft. Nach dem Verwaltungsbericht wurden im Jahre 1894 87 Unfälle, darunter 5 mit tödlichem Ausgange angemeldet. Vom Jahre 1893 blieben 17 Unfälle unerledigt; entschädigungspflichtig wurden 19 Unfälle und 25 blieben Ende 1894 schwebend. An Entschädigungen wurden im Vorjahre gewährt 23,573.54 Mark und zwar: Krankenhausekosten 853.47 Mark, Kosten des Heilverfahrens 2314.87 Mark, Kosten der Beerdigung 85 Mark, Renten 20,194.70 Mark, Kosten der für einzelne Verletzten angefertigten Apparate u. zur Stütze der verletzten Beine 125.50 Mark. Im Jahre 1893 hatte die Summe der Entschädigungen 20,805.54 Mark betragen. Rentenempfänger waren im Vorjahre 169, 19 mehr als im Jahre 1893. Seitens der Verletzten erfolgte 20 Berufungen an das Schöffengericht, letzteres entschied in 2 Sitzungen 2 Berufungen zu Gunsten der Genossenschaft, 9 gegen dieselbe. Eine Berufung wurde von dem Besetzten bei dem Termine zurückgezogen. Die Sections-Verwaltungskosten betragen im Berichtsjahre 3206.22 Mark, mithin gegen den Anschlag 293.78 Mark weniger. Ende 1893 umfaßte die Section 731 Betriebe, der Zugang im Jahre 1894 betrug 48, der Abgang 62, mithin blieben am Ende des Berichtsjahres 717 Betriebe. Es fand nur eine Sections-Versammlung, sowie eine Vorstandssitzung am 26. October statt. Laut Beschluß der am 28. Februar 1894 stattgefundenen Sections-Versammlung wurden bisher fast alle Betriebe des hiesigen Sections-Betriebs einer Revision unterzogen. Diese ergab, daß in vielen Betrieben die Unfallverhütungsvorschriften nicht zum Ausgange gebracht sind, und daß auch oft keine regelmäßigen Lohnlisten geführt wurden, trotzdem diese doch die Grundlagen bilden für die Berechnung der Beiträge zur Genossenschaftskasse.

* Der Neubau des Elisabethinerinnen-Klosters wird bestimmt vor Eintritt des Winters seiner Bestimmung übergeben. Das Krankenhaus bietet Raum für zweihundert Kranke und enthält unter anderen vier große Krankensäle mit offenen Hallen zum Aufenthalt im Freien, während des Sommers, zwei Arztzimmer, einen großen Operationsaal und zwei kleine Operationsäle. Mit dem Krankenhaus steht der Klosterflügel und dieser mit der Kirche in Verbindung. Außerdem enthält das Gebäude auch einen Wirtschaftsfügel. Die genannten Gebäude schließen den 50 Meter langen und 45 Meter breiten Klosterhof ein, der zu Gartenanlagen hergerichtet wird.

* Sommertheater bei Liebig. Willy Koblant, der von einem 14tägigen Urlaub zurückgekehrt ist, übernimmt von Freitag ab die Rolle des Schuldirectors in „Lata-Lota“, die sich mit jedem Abend mehr Freunde erwirbt.

* Subapoker Posse-Theater. Heute, Freitag, gelangt die Posse „In der Backstube“ und nachher die Opern „Krabber und Klieber“ und die „Duellanten“ zur Aufführung.

* Feuersgefahr. Am 20. d. Mts., Abends 6 Uhr 30 Min. gerieth in der Partierkammer des Hauses Adolfsstraße Nr. 20 eine Anzahl dort lagernder Balken Holz in Brand. Dank des schnellen Eingreifens der Feuerwehr konnte das Feuer keinen befürchteten Umfang gewinnen. Die angebrachten Balken wurden im Hofe auseinander gebracht, um etwa noch fehlende Stellen aufzufüllen.

* Einbruchdiebstahl. In dem letzten Tagen wurde in einem Hause auf der Reichstraße eine Bodenkammer erbrochen. Der Dieb eignete sich zwei neue Oberbetten und ein Staberbett mit rothem Sammet an. Die Bettler haben einen Werth von 200 Mark. Der Dieb hat auch einen in der Kammer stehenden

Kasten aufgebrochen, in der Meinung, darin Sachen von Werth zu finden.

* Betrug. Am Mittwoch Abend gab in einer Restauration am Neumarkt ein unbekannter Mann, der einen schwarzen Jaquettanzug trug, eine Münze in Zahlung, die eine gewisse Ähnlichkeit mit einem Zwanzigmarkstück hat. Im Orange des Geschäfts wurde die Täuschung nicht sofort bemerkt und kleine Münze zurückgegeben. Erst als sich der Mann entfernt hatte, wurde der Betrug entdeckt.

* Vermißt wird seit dem 17. d. Mts. der 87 Jahre alte Auszügler Johann Jaros, Große Dreilindengasse 22, der bei seinem Weggange einen dunklen Rock, helle Hosen, eine braune Mütze und Leberstühle trug. Ferner wird seit dem 10. d. Mts. der 20 Jahre alte Arbeitsbursche Richard Wittke vermißt, der bis dahin bei einem Restaurateur an der Stockgasse beschäftigt war. Es wird angenommen, daß ihm ein Unglück zugestoßen ist. Er trug einen dunkelgrauen Jaquettanzug. Endlich ist als seit dem 8. d. M. vermißt der Gabelstraße 2 wohnhaft gewesene 27 Jahre alte Musiker Max Häusler gemeldet worden, der mit einem schwarzen Anzug bekleidet war.

* Sturz in die Ober. Am 18. d. Mts. stürzte ein 9 Jahre altes Schulmädchen hinter der Füllerinsel in die Ober. Ein Arbeiter sprang dem schon mit dem Tode ringenden Mädchen nach und rettete es.

* Aus dem Polizeibericht. In das Polizeigefängniß wurden am 19. d. Mts. 50 Personen eingeliefert. — Abhandeln kamen: Eine goldene Damenuhr (Nr. 29,092), eine silberne Remontoiruhr, eine silberne Cylinderuhr, ein Portemonnaie mit 16 Mk., ein zweireihiges Granatarmband, eine blauweißgestreifte Blouse. — Gefunden wurde: Ein Gebund Schlüssel, ein Portemonnaie mit 4 Mk., ein vergoldetes Armband, eine goldene Brosche.

Verene und Versammlungen.

k. Die öffentliche Müllerversammlung. Sonntag, den 16. d. M., tagte die öffentliche Müllerversammlung im Saale des „Deutschen Kronprinz“, welche sehr gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Landtagsabgeordneten, Kollegen Käppler aus Altenburg S.-A. In seiner Stelle war Colleague Heinzel aus Dresden-Löbtau erschienen, der über die Sonntagsruhe im Müllergewerbe referirte, und darauf einen Bericht vom Verbandstage in Halberstadt abgab. An der Discussion theilnahmte sich nur Genosse Kühn, welcher den Beschluß, die Arbeitslosenunterstützung aufzuheben, guthieß. Hierauf machte derselbe den Vorschlag, zwei Delegirte ins Gewerkschafts-cartell zu entsenden. Die Versammlung erklärte sich hiermit einverstanden und wurden zwei Collegen gewählt. Nachdem noch Genosse Korbitzke warm für die „Volkswacht“ eingetreten, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung die Versammlung. Ein Anzahl Collegen ließen sich darauf in den Verband aufschreiben.

Schlesien.

Zum Streit in Altwasser.

Dem Zusammenhalten der Porzellaner gegenüber und besonders des Umstandes wegen, daß sich absolut keine Streikbrecher in Altwasser einfänden, werden seitens der Direction große Anstrengungen gemacht, solche auf alle mögliche Art heranzulockten, allerdings bisher mit wenig Erfolg. So soll einem aus Ungarn zugereisten Maler befohlen worden sein, daß der niedrigste Verdienst bisher 25 Mark betragen hätte und er es gut bis zu 35 Mark bringen könne, allerdings sollte er sehr früh zur Arbeit antreten und auch sonst mag ihm doch die Erinnerung des uncollegialischen Handelns gekommen sein, kurz, er schwenkte links umkehrt und ging ab.

Das ist ja eine allbekannte Thatsache, daß bei einem Streit die Herren Fabrikanten solchen Arbeitern, welche ihnen durch Streikbruch aus der Noth helfen sollen, alles Mögliche und Unmögliche versprechen, wohl auch zu Anfang ihnen Zudeckbroschen präsentiren, um nachher aber desto wichtiger die ominöse Hungerpeitsche zu schwingen. Wenn unsere Maler in Altwasser immer als niedrigsten Verdienst 25 Mark gehabt hätten, nun, da wären sie doch große Esel gewesen, sich in einen Streit zu begeben, wochenlang sich mit der Unterstützung von 5 Mk. durchzuhängen, abgesehen von allen sonstigen unangenehmen Folgen, welche ein Streit mit sich bringt.

Für alle Arbeiter aber erwächst daraus die Pflicht, jetzt erst recht und mit verdoppeltem Eifer dafür zu sorgen, daß etwa vorhandene indifferente Collegen über die Situation in Altwasser aufgeklärt und davon abgehalten werden, zum Verräther an der Sache einer zielbewußten Arbeiterchaft zu werden. Genossen! benutze jede Gelegenheit, jede Versammlung, jeden Ausflug, jedes Zusammensein mit Collegen, um die Sprache auf den Streit in Altwasser zu bringen und vor Zugang nach dorthin zu warnen, damit wir auch fernherhin in der Lage sind zu constataren: Die Porzellanarbeiter verstehen und üben Solidarität nach allen Seiten! Es liegt klar zu Tage, daß die Firma Tiesch in Altwasser ihren Kunden nicht gerecht werden kann, dies zeigt

sich ja auch durch die Manipulationen, von anderen Fabriken, Geschäften zu bekommen bezw. sogar nach ihren Modellen dort arbeiten zu lassen. Es gehen zu diesem Thema so viele und theilweise widersprechende Mittheilungen bei uns ein, daß es schwer ist, sichere Behauptungen aufzustellen, welche Fabriken außer den bereits namhaft gemachten, die Geschäfte geliefert haben, sich nun noch dazu hergeben, dem Großfabrikanten Tiefsch in seiner Noth zu Hilfe zu kommen.

Wir sehen hier, wie für einen Großfabrikanten, dem es sicher keine Kopfschmerzen verursachen würde, wenn alle die kleinen Fabriken — nicht mehr wären, damit nur er allein den Markt beherrschen kann, sich trotzdem solche finden, die um des momentanen, vielleicht recht ansehnlichen Profites wegen all dieses nicht beachten und nach Altwasser Geschäfte liefern. Wohl mag auch bei manchen der Haß gegen die bösen Verbändler ein gewichtiges Wort mitreden, daß sie aber durch ihr Thun irgend etwas Besonderes gegen diese erreichen werden, glauben sie wohl selbst nicht. Solche Herren sind am allerwenigsten geeignet, die organisierten Porzellaner von dem einmal beschrittenen Wege abzubringen. Wie sich die Porzellanarbeiter zu diesem Thema zu verhalten haben, geht am Besten aus der Angelegenheit Stanowitz hervor, resp. mögen sie sich die nötige Nutzenwendung daraus entnehmen. Der Beschluß des Vorstandes ist bereits mitgeteilt worden. Derselbe wurde den Stanowitzer Drehern nochmals übermittelt mit dem Ersuchen, binnen 3 Tagen sich dazu zu erklären bezw. entschiedene Stellung dazu zu nehmen. In der hierzu abgehaltenen Versammlung erschienen nur 1 Dreher, welche sich, nachdem einer erklärte, daß bis jetzt nach den Modellen von Altwasser zur Probe gemacht worden sind (daß 22 ersten Geschirre vorher nach Altwasser angefertigt sind, wird zugegeben), sich als nicht beschlußfähig erachteten. Es tritt demnach der Beschluß des Vorstandes nunmehr in Kraft und gelten die Drehen in Stanowitz auf Grund der § 5 Nr. 3 als ausgeschlossen. Ein längeres Hin und Her und Verbunkeln und Verwischen der Thatsachen wäre Angesichts der Haltung, welche vornehmlich die Magdeburger Kollegen dort beobachteten, doch wohl der gemeinsamen Sache nicht würdig.

X. Altwasser, 20. Juni. Am Montag fand hier eine öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung statt, um Stellung gegen die Annonce im „Waldenburger Wochenblatt“ zu nehmen, in welcher die Inhaber der Porzellanfabriken von Königszelt, Charlottenbrunn, Sorgau (Ohme), und Stanowitz erklärt haben: „Da die unterzeichneten Fabriken zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß der Streik in der Porzellanfabrik der Firma C. Tiefsch u. Co. in Altwasser nur auf Hezereien von Seiten des Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter, der ausschließlich socialdemokratische Tendenzen verfolgt, zurückzuführen ist, haben dieselben beschlossen, der Firma C. Tiefsch u. Co. auf ihren Wunsch jedes Quantum Porzellanwaaren, so lange der Streik dauert, zu dem Selbstkostenpreise zur Verfügung zu stellen.“ Es wurde von allen Rednern, welche sich an der Debatte beteiligten, erklärt, daß dieselben dieses Mannöver erkannt haben und nicht gesonnen wären, durch diesen Scherzschuß von ihren gerechten Forderungen auch nur einen Schritt weit abzuweichen. Dieselben wiesen es weit von sich, daß es durch Hezerei von irgend einer Seite zum Streik gekommen ist. Nur durch die erbärmlichen Lohnverhältnisse wären alle dazu getrieben. Es wird der Beschluß gefaßt, folgende Erwiderung im „Wochenblatt“ einzurücken: Wir erklären, daß wir von keiner Seite verhetzt worden sind, sondern daß nur allein die erbärmlichen Lohnverhältnisse und die inhumane Behandlung seitens einzelner Beamten, sowie schließlich die frivole Kündigung der von den Personalrat gewählten Vertreter uns zu diesem Streik getrieben haben, da alle Bitten und Gesuche um Aufbesserung der schlechten Löhne, sowie Verminderung der großen, ungerechten Defectabzüge fruchtlos waren. Zum Schluß werfen wir noch die Frage auf, wenn wirklich in den letzten Jahren Arbeiter der Firma C. Tiefsch u. Co. der socialistischen Partei näher getreten wären, wenn da wohl einzig und allein die Schuld zuzuschreiben wäre? — Genosse Michaelis beteiligte sich ebenfalls an der Debatte und erklärte, die Führer der Socialdemokratie hätten es peinlichst vermieden, sich irgendwie an den Verhandlungen zu beteiligen, um die Streikenden nicht in den Verdacht zu bringen von socialdemokratischer Seite aufgehetzt zu sein. Da dies nun doch geschehen sei, wolle er einmal die Sachlage richtig beleuchten. Er führte darauf im Weiteren u. a. aus, daß, wenn den Porzellanern irgendwie ein Vorwurf gemacht werden könne, so wäre es der, daß dieser Streik so lange auf sich habe warten lassen, denn die Lage der Ausständigen sei schon lange eine nicht mehr menschliche zu nennen gewesen. Die Streikenden sollen sich durchaus nicht grämen, denn es stände die gesammte Arbeiterschaft hinter ihnen. Redner ermahnt die Porzellanarbeiter, treu zu ihrer Sache zu stehen, dann würden ihre augenblicklichen Entbehrungen reichlich vergolten werden. Ferner machte Genosse Michaelis den Vorschlag, ein Flugblatt herauszugeben, in welchem über die Lage des Streiks alles Bemerkenswerthe berichtet werden soll. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde Bericht erstattet über die Verhandlungen beim Gewerbe-Inspektor. Derselbe ist in der bereitwilligsten Weise den Wünschen der Streikenden entgegengekommen und hat versucht mit Tiefsch eine Verständigung zu erzielen. Leider ist es wieder mißlungen, da die Arbeiter sich unbedingt unterwerfen sollen. Ein Redner macht die Mittheilung, daß in Lengsfeld mehrere ausständige Arbeiter in Beschäftigung getreten sind und soll der Herr Director versucht haben, die Leute dort herauszubringen, was ihm aber glücklicherweise nicht gelungen sei. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wird die gutbesuchte Versammlung geschlossen. Genossen! Der Kampf der Porzellanarbeiter wird also vorläufig noch lange dauern; haltet darum den Zuzug nach Altwasser fern und sorgt für die pecuniäre Unterstützung der Ausständigen.

— Ueber die Porzellan-Fabrik in Stanowitz ist die Sperre verhängt worden: Mitglieder, welche dort in Arbeit treten, werden vom Verbandsausgesehlossen. Ebenso dürfte nach den neuesten Erfahrungen in nächster Zeit über folgende Orte die Sperre verhängt werden: Porzellanfabrik Königszelt, Porzellanfabrik Sorgau (Hermann Ohme),

Porzellanfabrik Sophienau (Joseph Schachtel). Genossen benützt jede Gelegenheit dazu, vor Zuzug nach dorthin zu warnen.

X. Waldenburg, 20. Juni. Warnung. Der Tischler Hosiokty, welcher hier bei einer Firma als Werkmeister beschäftigt war, hat sich, wie uns mitgeteilt wird, als ein wenig sauberer Patron entpuppt. Er verstand es nämlich von seinen Kollegen, ja sogar von Lehrlingen, hohe Geldbeiträge herauszuschlagen, und ist jetzt, ohne dieselben zurückgezahlt zu haben, heimlich verschwunden. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß H. sich auch in anderen Orten an seine Kollegen heranzubringen sucht, so ist Vorsicht geboten.

X. Waldenburg, 20. Juni. Am vorigen Dienstag ist der Porzellanmaler Guitaj Schmidt nach Verbüßung einer zehnmönatlichen Gefängnisstrafe aus dem hiesigen Gefängnis entlassen worden. Er soll sich seiner Zeit in einem Flugblatt gegen den § 130 des Strafgesetzbuches (Aufreizung zum Klassenhaß) vergangen haben.

P. Häßlich bei Striegau, 20. Juni. Eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung, die von über 350 Kollegen besucht war, fand hier am Sonntag, den 16. d. Mts., im Saale des Herrn Dege statt. Die Kollegen Menzel und Nixdorf berichteten zunächst als Delegirte über die Verhandlungen des 7. Steinarbeiter-Confresses. Sie erwähnten u. A., daß die Organisation der Steinmehnen in den letzten zwei Jahren erfreuliche Fortschritte gemacht habe, da gegenwärtig 111 Orte organisiert seien und äußerten sich sodann über die Agitation und die Streiks. Besonders hoben die Berichterstatter den Beschluß des Congresses hervor, dem Reichstage eine Denkschrift zu übermitteln betreffend die Einführung des 8 Stunden-tages in der Steinindustrie. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Anschluß an die Organisation, übergehend, sprach Colleague Hübenett aus Breslau in längerer Rede über die Lage der Steinarbeiter, die, wie er an der Hand eines reichen Materials nachwies, eine überaus elende genannt werden muß; denn trotz der ungemein langen Arbeitszeit verdienen gerade die Steinarbeiter Schlesiens wahre Hungerlöhne. Einige Unternehmer und Werkmeister hiesiger Brüche, die in der Versammlung anwesend waren, nahmen in der Discussion Gelegenheit, auf die Ausführungen des Referenten einzugehen. Was sie aber vordrachten, war nichts weniger als eine Widerlegung der von diesem aufgestellten Behauptungen; sie mußten vielmehr zugeben, daß Colleague Hübenett die Lage der Steinarbeiter wahrheitsgemäß geschildert und richtig beurtheilt hat. Die Versammlung erklärte sich mit seinen Ausführungen einverstanden.

Als Vertrauensmann der neu gegründeten Organisation, der sofort 200 Mann beitraten, wurde Colleague Menzel gewählt; zu Revisoren sind die Kollegen Bähob, Tassler und Richter ernannt. Zum Schluß forderte Colleague Hübenett die Anwesenden auf, sich sämtlich der Organisation anzuschließen, damit auch für die Steinarbeiter in den Brüchen Schlesiens bessere Lebensbedingungen geschaffen werden. Mit einem Hoch auf das Gedeihen und Wachsen der jungen Organisation wurde die so erfolgreiche Versammlung geschlossen.

*** Ohlau, 20. Juni.** In Köbendorff hiesigen Kreises tödtete eine Magd ihr neugeborenes Kind, indem sie ihm die Schädeldecke einschlug. Die unnatürliche Mutter wurde verhaftet. — Durch Brandstiftung wurde in Hennersdorf eine Scheune und mit dieser Strohvorräthe, Wagen und Maschinen, und in Weigwitz ein Strohschober im Werthe von 400 Mark eingäschert.

*** Stegnitz, 20. Juni.** Die Leichen der beiden Selbstmörder, von denen gestern berichtet wurde, daß sie sich zwischen hier und Rüstern von einem Eisenbahnzug haben überfahren lassen, sind in das hiesige städtische Krankenhaus gebracht und dort bald recognoscirt worden. Der Mann war, der „Bresl. N.-Ztg.“ zufolge, Milchpächter auf einem Dominium der Umgegend und hatte, obgleich verheirathet, mit dem Mädchen, welches auf demselben Gute bedientet war, ein Liebesverhältnis angefangen, das nicht ohne Folgen geblieben war. Am Dienstag waren Beide verschwunden und haben nun gemeinsam den Tod gesucht. — Der „Schles. Hausfreund“ erklärt an der Spitze seiner jüngsten Nummer, daß er zum 1. Juli aufhört zu erscheinen, da die Zeitung die Unterstützung, welche ein solches Unternehmen erfordert, nicht gefunden hat.

*** Bunzlau, 20. Juni.** Bei dem Brande in dem 5 Stunden von hier entfernten Rüdowwaldau sind gestern Nachmittag 32 Bestuhungen, 50 Gebäude sowie viel Vieh verbrannt. Wie berichtet wird, war eine von Kindern begangene Unvorsichtigkeit die Ursache des Feuers, das, durch einen heftigen Ostwind genährt, rasch um sich griff. Die Kirche, die Schule und die Post sind erhalten, auch ist kein Menschenleben zu beklagen.

*** Sohrau, 20. Juni.** Eine eigenthümliche Krankheit, der bereits drei Mädchen im Alter von 6 bis 14 Jahren in kurzer Folge zum Opfer gefallen sind, ist hieselbst aufgetreten. Die Krankheit beginnt nach dem „Stadtbl.“ mit plötzlichem Unwohlsein, hierauf stellt sich Bewußtlosigkeit bis zum Tode ein.

*** Sprottan, 20. Juni.** Dem neuesten Conflict zwischen dem Bürgermeister Welsche einerseits und einigen Herren vom Magistrats-Collegium sowie der ganzen Stadtverordneten-Versammlung auf der anderen Seite hat bereits die Aufsichtsbehörde ihre Aufmerksamkeit zugewandt. Dem „Sprott. Wochenbl.“ zufolge hat Bürgermeister Welsche dem Regierungspräsidenten persönlich über die Angelegenheit Bericht erstattet.

*** Görlitz, 20. Juni.** Aus Senftenberg wird berichtet, daß dort die Henschel'sche Brikettfabrik durch eine Kohlenstaubexplosion zerstört worden ist. Zwei Arbeiter sind getödtet worden; einer wird vermißt; fünf andere haben schwere Brandwunden davongetragen.

*** Wittlich, Kreis Tarnowitz, 20. Juni.** Die Revolte vor dem Pfarrhause, über welche bereits berichtet wurde, ist dem „Zabrz. Anzeiger“ zufolge, auf folgende Ursache zurückzuführen:

Dienstag, Vormittags 11 Uhr, fand die Uebergabe der hiesigen Pfarrei an den Pfarrr Waindzczo-Mst-Tarnowitz durch den Erzpriester Hofrichter-Godullahütte u. Act. circ. Pf. Corus-Eintrachtshütte statt. Gegen 8 Uhr früh sammelte sich eine größere Anzahl Männer und Frauen neben der

neuen Kirche an, um dem Kauf der Dinge zuzusehen und womöglich die Einführung des neuen Pfarrrs zu hintertreiben, da die Gemeinde letzteren aus unbekanntem Gründen nicht haben will. Nachdem gegen 4 Uhr der Herr Erzpriester und sein Actuarium fortgefahren waren, sammelte sich die immer größer werdende Menge neben dem Kloster an, woselbst sich Administrator Burek, für den die Gemeinde sehr eingenommen ist, zur Abfahrt zurechtmachte. Viele hundert Menschen umstanden den Wagen des Administrators und wollten letzteren nicht weg lassen. Nach der Abfahrt begab sich die Menschenmenge vor die Pfarrei, woselbst Pfarrr Waindzczo noch anwesend war und fing an zu schreien und zu lärmen, stellte aber zugleich an ihn die Bitte, ihr den Segen in der Kirche zu ertheilen, was auch dieser Herr, nichts Böses ahnend, sofort that. Während des Segensliedes entstand in der Kirche ein solches Weinen, daß man keinen Gesang hörte. (1) Als Pfarrr W. die Kirche verließ, folgte ihm die aufgeregte Menge nach der Pfarrei, schlug die Thür ein und bedrohte ihn dergestalt, daß polizeiliche Hilfe requirirt werden mußte. Amtsvorsteher Hentschel, Amtsdienier Prayhholz und Gendarm Just waren sofort zur Stelle, wurden aber von der wüthenden Menge hart bedrängt. Da dieselbe aus keinem Fall dem gütigen Zureden weichen wollte und eine immer drohendere Haltung annahm, den Gendarmen Just sogar mit Steinen bewarf, mußte (2) letzterer von der Waffe Gebrauch machen und verwundete hierbei drei Personen. Nachdem die Menge sah, daß die Sache ernst war, zerfiel sie nach allen Seiten. In der Nacht erschien Landrath von Falkenhahn mit mehreren Gendarmen, um weiteren Ausschreitungen vorzubeugen.

Generalversammlung des Verbandes der Buchdrucker Deutschlands.

Vierter Tag.

Nachdem die Berathung zur tariflichen Bewegung am gestrigen Verhandlungstage erledigt war, wurde heut mit der weiteren Tagesordnung fortgefahren. Die Sitzung eröffnete Döblin gegen 9^{1/2} Uhr Vormittags. Als erster Punkt wird über die obligatorische Einführung des „Correspondenten“ herathen. Hildbrandt-Stuttgart begründet den Antrag in eingehendster Weise, indem er die Nothwendigkeit des Obligatoriums als im Interesse der größeren Verbreitung und Aufklärung u.ter den Mitgliedern liegend darlegt.

Eißler-Berlin wendet sich gegen den Antrag; er stellt dabei den Kostenpunkt in den Vordergrund und weist auf die Schwierigkeiten hin, die die Durchführung des Planes herbeiführen würden. Der Redacteur des „Correspondenten“ Gsch-Weipzig stellt sich auf denselben Standpunkt wie Eißler. Nachdem noch verschiedene Redner für und gegen den Antrag gesprochen, gelangt der Antrag Knie-Stuttgart zur Annahme, der besagt: „Die Generalversammlung des Verbandes deutscher Buchdrucker drückt den Wunsch aus, daß seitens derjenigen Gauvereine bezw. Bezirksvereine, in welchen das Obligatorium des „Correspondenten“ noch nicht eingeführt ist, während der Zeit bis zur nächsten Generalversammlung dahingehend gewirkt werde, diese Frage in dem Sinne zur Erledigung zu bringen, daß zwei Mitglieder ein Exemplar auf Kosten des betreffenden Gau- bezw. Bezirksvereins zu gestellt erhalten.“ Sodann schreitet man zur Besprechung bezüglich der Btheiligung des Verbandes an dem internationalen Buchdruckersecretariat und an der Generalcommission der deutschen Gewerkschaften.

Betreffend den ersteren Gegenstand macht Döblin, der auf dem internationalen Buchdrucker-Congress als Delegirter anwesend war, einige Mittheilungen über die Wirksamkeit dieses Instituts, wobei er dem Wunsche Ausdruck gab, daß die Handhabung der Geschäftsleitung eine praktischere und einfachere sein müßte. Der Vertreter des internationalen Secretariats, Reimann-Bern, erklärt, daß das Secretariat den Wünschen des Verbandes gern Folge geben werde und daß auch in mancherlei Hinsicht schon Wandel geschaffen worden sei. Es sprechen noch einige Redner zu dieser Sache, worauf folgender Beschluß gefaßt wird: „Die Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker beschließt, auch fernerhin sich an dem geschaffenen internationalen Secretariat zu beteiligen und beauftragt ihren demnächstigen an dem Congresse theilnehmenden Delegirten, für eine praktische und einfache Geschäftsführung, sowie für Ausbannung des Institutes einzutreten.“ Die Debatte über die Btheiligung an der Generalcommission der deutschen Gewerkschaften war eine recht lebhaft. Döblin spricht hierüber seine Meinung dahin aus, daß die Generalcommission für den Buchdruckerverband agitatorisch von keinem Nutzen sei, dagegen hält er sie für andere Arbeiter-Organisationen für nothwendig und plaidirt für Unterstützung derselben. Döblin verlangt, daß die General-Commission sich ausschließlich gewerkschaftlich bethätigen möchte; jede politische Bestrebung sei streng zu vermeiden, da bei der Handhabung unseres Vereinsgesetzes leicht Gefahren für die Gewerkschaften dadurch entstehen könnten. Es sei wiederholt vorgenommen, daß gewerkschaftliche Vereine als politische Vereinigungen aufgefaßt und in Folge dessen aufgelöst worden sind. Seidel-Weipzig tadelt, daß der Vorsitzende der Generalcommission, Legien, ein Reichstagsmandat angenommen hat, er findet dies im Interesse der Gewerkschaften für nicht angebracht. Hildbrandt-Stuttgart spricht sich dahin aus, daß die Generalcommission für die Arbeiter eine unbedingte Nothwendigkeit sei; die wirtschaftliche Lage in allen Berufen sei eine traurige, und es sei natürlich, daß die Arbeiter, die durch die maschinelle Technik aus ihrem Berufe gerissen werden, sich zu einem anderen Berufe wenden, wo sie eine bessere Existenz erhoffen, so z. B. ergreifen Weber das Buchdruckergerwerbe u. s. w. Die unorganisierten Arbeiter müßten unbedingt zur Organisation herangezogen werden, und da sei eine Centralstelle von großem Vortheil. Einverstanden sei er darin, daß Politik nicht getrieben werden dürfe. Ein warmer Vertheidiger der Generalcommission ist Haber-Berlin. Er wünscht einen einstimmigen Beschluß der Generalversammlung zur thatkräftigen Unterstützung der Commission. Es sei die Pflicht eines jeden Arbeiters, sie auszubauen, ein Ruf an alle Gewerkschaften müßte daher ergehen, alle müßten sich in energischer Weise an diesem Ausbau betheiligen. Die

Commission habe gethan, was in ihrer Kraft stand, bei der Unaufmerksamkeit und dem Indifferentismus vieler Arbeiterkreise, namentlich im Osten, sei es nicht möglich gewesen, mehr zu leisten. Man verkenne nur die Thatfachen, wenn man der Generalcommission die Schuld am Niedergang der Gewerkschaften beimißt. Dominik-Frankfurt wünscht, daß Gewerkschaftsblätter mehr gewerkschaftlich gehalten werden müßten; der größte Theil eines derartigen Blattes sei politischer Inhalts. Der Vertreter der General-Commission, Demuth-Hamburg, wendet sich gegen einige vorgebrachte Punkte, der Niedergang der gewerkschaftlichen Bewegung liege nur in den überaus ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Was die Gewerkschaftsorgane anbelange, so sei es nicht möglich, sich in diese Angelegenheit zu mengen, es müsse das den betreffenden Redactoren überlassen bleiben. Er könne nur versprechen, daß die Wünsche des Buchdrucker-Verbandes erwoogen und möglichste Berücksichtigung finden werde.

Es geht nun folgender Antrag ein: „Die General-Versammlung des Verbandes deutscher Buchdrucker hält an dem Bestand der General-Commission für die deutschen Gewerkschaften in der innersten Ueberzeugung fest, daß sie zur Hebung der Gewerkschafts-Organisationen und damit der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter von höchster Bedeutung ist. Darum appellirt sie an alle Arbeiter, der Commission mit aller Kraft unterstützend zur Seite zu stehen, sie wünscht, daß die General-Commission streng auf gewerkschaftlichem Boden verharret und ihre Mitglieder sich lediglich der Förderung der Gewerkschaften widmen.“

Der Antrag fand einstimmige Annahme. Im Anschluß an diese Verhandlung wird dann bestimmt, daß fünf Vertreter der Buchdrucker an dem demnächst stattfindenden deutschen Gewerkschafts-Congress theilzunehmen haben.

Schließlich wird dem Redacteur Härtel am „Correspondenz“, der nach dreijähriger Thätigkeit im Dienste des Verbandes sein Amt wegen Krankheit niedergelegt, eine jährliche Pension von 1000 Mk. bewilligt und die Gehälter der Redaction festgesetzt, worauf der Vorsitzende um 5 Uhr die Sitzung mit dem Bemerkten schließt, daß morgen die Berathung der noch zu erledigenden Gegenstände fortgesetzt wird.

Nachtragen wollen wir noch, daß von den Delegirten der Generalversammlung des Deutschen Buchdruckerverbandes noch privater Uebereinkunft ein prächtiger Kranz mit rother Schleife und entsprechender Inschrift am Grabe Ferdinand Lassalle's niedergelegt worden ist.

Neueste Nachrichten.

— **Berlin**, 20. Juni. Bei der Volkszählung am 1. December d. J. soll den „Berl. Pol. Nachr.“ zufolge beabsichtigt sein, zwei neue Fragen zur Beantwortung zu stellen, von welchen die eine sich auf die Ermittlung der militärisch nicht geschulten landwirthschaftlichen Männer, die andere auf die beschäftigungslosen Arbeitnehmer bezieht.

— Die für Mitte Juni in Aussicht genommene Reise von Commisariats des Reichsamts des Innern und des Handelsministeriums nach Oesterreich zum Zweck der Prüfung der Wirkungen der dortigen Handwerker-Gesetzgebung, insbesondere der Zwangsorganisation der Handwerker, hat noch kurze Zeit verschoben werden müssen, weil zunächst noch einige dringliche Verhandlungen mit den Commisariats anderer Ressorts zu erledigen waren.

— Die Sattler beschlossen die Abjendung einer Petition an den Kriegsminister, worin sie ersuchen, nur solchen Meistern Militärlieferungen zu übertragen, die die Einrichtung der Betriebswerkstätten zusagen. Ob der schreibige Herr Bronsart v. Schellendorf darauf eingeht? — Die Maurer werden in Berlin in keine Lohnbewegung eintreten, weil sie den Zeitpunkt für ungesiguet erachten. — Die Zahl der streikenden Köpfer beträgt 400, einige Meister unterschrieben den Lohnantw. Bei diesen wird weiter gearbeitet. Die Arbeitenden verpflichteten sich, 10 Procent ihres Lohnes an die Streikliste abzuliefern.

— **Hamburg**, 20. Juni. Der Kaiser hielt beim Brunstfest als Antwort auf die Rede des Bürgermeisters folgende bemerkenswerthe Rede: „Ich ergreife hin ich von den sieben vernommenen Worten; tief ergreife von Allem, von dem Empfang, den mir Hamburg eben bereitet hat, wie ich dasgleichen selten wohl erlebt. Der Geist, der mir entgegenkam, war kein gemachter, kein gewöhnlicher. Gleich einer Windsbraut schallte mir der Jubel der Stadt entgegen. Ich weiß wohl, daß ich mir nicht anmaßen darf, daß dieser Jubel meiner Person goltzeln; vielmehr erkenne ich in demselben den Ausbruch des Volkswillens unseres gesammten deutschen Volkes, welches stolz darauf ist, das eine deutsche Reich in seinen Fürsten und hohen Säulen vertreten zu sehen. Empfangen Sie dafür meinen herzlichsten Dank und seien Sie der Dolmetsch meines Dankes auch den Hamburgern gegenüber. Solche Momente, wie wir sie heute erleben, rufen in uns die Erinnerung zurück und vor allem die Erinnerung in dankbarer Form. Wir müssen in Dank und Bewunderung denken des großen Kaisers, der dahingegangen und seines herrlichen Sohnes, unter dessen das Volk, auf das Sie soeben angesprochen haben, erschienen ist. Und Allen ist noch gegenwärtig der Jubel bei dem letzten Besuche meines hochseligen Vaters Großvaters. Wir vereinigen zwei Meere; auf das Meer lenken sich unsere Gedanken, das Meer — das Sinnbild der Einheit.

Meere trennen nicht, Meere verbinden, die verbindenden Meere werden verbunden durch dieses neue Glied zum Segen und Frieden der Völker. Die erzgepanzerte Macht, die versammelt ist auf dem Kieler Hafen, soll zu gleicher Zeit ein Sinnbild des Friedens sein, des Zusammenwirkens aller europäischen Culturvölker zur Hochhaltung und Aufrechterhaltung der europäischen Culturmission. Haben wir einen Blick geworfen auf das ewige Meer, so werfen wir einen Blick auf das Meer der Völker. Aller Völker Herzen richten sich hierher mit fragendem Blick. Sie erheischen und wünschen den Frieden. Im Frieden nur kann Welthandel sich entwickeln, im Frieden nur kann er gedeihen, und Frieden werden und wollen wir aufrecht erhalten. Möge in diesem Frieden auch Hamburgs Handel blühen und gedeihen! Es soll ihm stets der Schutz des kaiserlichen Mars folgen, wohin er auch seine Bahnen über die Welt ziehen möge. — Wir aber Alle erheben jetzt unsere Gläser und trinken auf das Wohl unserer werthen Hansestadt Hamburg: sie lebe hoch! und nochmals hoch! und zum dritten Male hoch!

— **Solttau**, 20. Juni. Der Kaiser hat in einem Handschreiben in sehr huldvoller Art dem Staatsminister v. Bötticher, dem er seine Marmorbüste schenkte, seine volle Anerkennung für die von Bötticher geleistete Arbeit beim Bau des Nordostsee-Canals ausgesprochen und dem Wünsche Ausdruck gegeben, die hervorragenden Leistungen Böttichers noch lange sich und dem Vaterlande zu erhalten. — Das ist sehr bitter für den Allen in Friederichsruh und seine agrarischen Freunde!

— **Cöslin**, 20. Juni. Bei der Reichstags-Nachwahl im Wahlkreise Kolberg-Cöslin-Dublitz erhielt nach den Schlußziffern Gerlach (cons.) 7087, Benoit (lib.) 4463, Loß (Soc.) 2418, Raasch (Ant.) 1582 Stimmen. Es muß also Stichwahl stattfinden zwischen Gerlach und Benoit. Bei der Wahl im Jahre 1893 regte der conservative Candidat v. Gerlach mit 7984 Stimmen, während auf den Candidaten der Freisinnigen Vereinigung, Geheimrath Benoit in Charlottenburg, 5273 Stimmen und auf den Socialdemokraten 2626 Stimmen entfielen; 36 Stimmen zerstückelten sich. Die Wahlbetheiligung war also diesmal, da nur 15,550 Wähler stimmten, eine geringere, was auch den Stimmenverlust aller Parteien erklärt. An diesem Verlust ist die Socialdemokratie am geringsten theilhaftig. Die Wahl des konservativen Gerlach in der Stichwahl ist sehr wahrscheinlich, da die Antisemiten sich für ihn erklären werden.

— **Cöslin**, 20. Juni. Nach einer Meldung der „Cösl. Bzg.“ hat der Redacteur der „Kolb. Volksztg.“, Gabel, dem Reichstagsabgeordneten Dr. Baasche, eine Forderung auf Pistolen zugesandt, weil dieser einige von der „Kolb. Volksztg.“ gebrachte Artikel über die Reichstagswahl überaus scharf kritisiert hatte und sich zu einer Zurücknahme seiner Äußerungen nicht verstehen wollte. Die Antwort des Dr. Baasche liegt noch aus. Offenbar fällt sie dem journalistischen Kampf gegenüber recht deutlich aus.

— **Essen**, 20. Juni. Auf der Zeche „Eintracht“ gerieten fünf Bergleute in schlechte Grubengasse, zwei erstickten, drei wurden lebend zu Tage gefördert. Arbeitermitleid!

— **München**, 20. Juni. Eine Studentin in Zürich hat der Cultusminister auf ihr Gesuch um Zulassung zu den Vorlesungen in München abschlägig beschieden. — Wie schmerzlich wäre auch die Zulassung gewesen — man denke doch: eine Studentin in München!

— **Strasburg**, 20. Juni. In Basel, Grenzach, Lorraine (Hoben) und St. Ludwig (Ober-Elz) ist ein Generalstreik der Postamten ausgedrochen, 2200 Postamten haben die Arbeit bereits eingestellt.

— **Zürich**, 19. Juni. Bei den Wahlen in den Gemeinderath (Großer Stadtrath) in Winterthur hatten die Liberale, Demokraten und Socialdemokraten gegenständig die Seite anerkannt, is daß jede Partei die ihrer Stärke entsprechende Anzahl von Vertretern erhielt. Mit Secundärwähler Ernst ist trotz der Opposition der Liberalen der erste Socialdemokrat in den kleinen Stadtrath, also in die städtische Regierung, eingetreten.

— **Christiania**, 20. Juni. Das Mitglied der Rechten, Bonarrie, theilte Mittwoch Abend dem Könige mit, daß er in Folge der Unmöglichkeit innerhalb der Parteien den Antrag, ein Coalitionministerium zu bilden, ablehne. Der König ist in Folge dessen wieder nach Stockholm abgereist. Es ist nicht selten ja!

— **Benedig**, 20. Juni. Gestern brach unter den Saffirgarn in den hiesigen Hafen noch einmal ein gewaltiges Schiffsverhängnis eine Komete aus. Die Schiffsverhängnis wachte mit Mord und Missethat.

Mehrere Personen wurden verwundet und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Natürlich!

— **Rom**, 20. Juni. In der gestrigen Kammer-Sitzung kam es bei Beginn der Discussion über die auf die Thronrede abzufolgende Antwortadresse zu großen Tumulten, als Crispi die von der äußersten Linken verlangte Aufnahme eines Passus, worin der sofortige Erlass einer Amnestie gefordert wird, als „verfassungswidrig“ bezeichnete. Ungefähr 100 Centrumsabgeordnete stürzten sich auf die äußerste Linke, und es kam zu einem Handgemenge. Der ministerielle Laurentiana warf den Mailänder Republikaner De Andreis zu Boden, der von seinen Freunden wieder aufgerichtet wurde. Der Präsident schloß hierauf die Sitzung. In den Borräumen dauerte der Tumult aber noch fort. In einer Versammlung, die nachher die Mitglieder der Kammermehrheit, die Hausknechte Crispis, abhielten, verlangte Crispi, daß die Geschäftsordnung der Kammer geändert werde und daß die Machtbefugnisse des Kammerpräsidenten wesentlich verschärft würden, damit dieser die „Zügellosigkeit der äußersten Linken“ „wirksam einbämmen“ könne. Die Crispische Surrecanaille beschloß derauch, daß der Abgeordnete Cirraccia, ein Handlanger des Dictators, am 20. d. Mts. in der Kammer einen solchen Antrag einbringe und sofortige Verhandlung verlangen solle. Die Minderheit soll mündlich gemacht werden. Der Banditenchef Crispi kämpft wie seine Genossen für „Gesetz“ und „Ordnung“, die er mit Füßen tritt.

— **Madrid**, 20. Juni. Aus Cuba giebt es neue Siegesnachrichten für die Regierung. Es heißt da: Oberst Bogas erbeutete am Caminarflusse zahlreiche Munition. General Navarro schlug die Rebellen Garzon und Santa Rosa, brachte denselben ernste Verluste bei, er zerstörte ihr Lager, erbeutete Pferde und Munition; die Verluste der Regierungstruppen betragen nur drei Vermundete. Oberst Michelena schlug 400 Rebellen bei Mogotie, machte vierzehn Gefangene und erbeutete das Lazareth, Waffen und Munition. — Da wird es für die Regierungstruppen höchstwahrscheinlich wieder Prügel gesetzt haben, wie bisher immer bei neuer Siegesnachrichten derselben.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 20. Juni.
Heiraths-Ankündigungen. I. Kaufmann Richard Süssenbecker, ev., Kupfergasse 17, und Emma Jemm, evang., Neßergasse 24. — Holzbildhauer Alfred Löbe, evang., Siegnitz, und Maria Peiser, kath., Hummerlei 22. — Arbeiter Josef Mitschel, kath., Nikolaistr. 22, und Hermine Stephan, ev., Nikolaistr. 47. — Schlosser Emanuel Mitschel, kath., Postenstr. 49, und Anna Hubrich, ev., Grünstr. 8. — Bahnarbeiter Wilhelm Menke, kath., Zietenstr. 17, und Pauline Vielarsti, kath., Fischergrasse 24. — II. Maurer Hermann Erbe, ev., Neuborstr. 114, und Anna Herzog, kath., daselbst. — Müllermeister Wilhelm Niesel, ev., Siegnitz, und Agnes Krug, kath., Freiburgerstr. 34. — Kaufmann Reinhold Brauer, ev., Sonnenstr. 35, und Clara Britschow, ev., Sadowastr. 11. — III. Handlungsreisender Bruno Hünfel, ev., Roßplatz 8a, und Anna Erle, kath., daselbst. — Kutscher Ernst Bischof, ev., Rosenbalerstr. 13, und Marie Fiske, ev., daselbst.
Eheschließungen. I. Kutscher Josef Schmidt, kath., mit Anna Wittwer, kath., hier. — Conditior Oswald Wilke, ev., mit Clara Rudolph, kath., hier. — Arbeiter Ernst Gerlich, kath., mit Pauline Bajan, kath., hier. — II. Kaufmann Max Beversdorf, ev., Baruth, mit Gertraud Kefow, ev., hier. — Auschänker Robert Gröschel, evang., mit Anna Schorn, kath., hier. — III. Laboratoriumwärter Paul Niebisch, ev., mit Helene Böhm, kath., hier. — Schilbermaler Paul Ulbrich, kath., mit Martha Rode, ev., hier.
Geburten. I. Schuhmachermeister August Seifert, kath., S. — Kutscher Heinrich Hindemith, ev., S. — Arbeiter Albert Wilde, kath., S. — Schlosser Paul Hartmann, ev., S. — Agent Hugo Kay, jüd., S. — Klempnermeister Wilhelm Ludwig, ev., S. — Cigarrenarbeiter Emil Euler, kath., S. — Bureauarbeiter Franz Sacher, kath., S. — II. Geschäftsdienner Adolf Wiehad, evang., S. — Schmiedemeister Richard Schaubert, evang., S. — Kutscher Friedrich Fischer, ev., S. — Former Hermann Spalt, ev., S. — Brenner Josef Köhler, kath., S. — Kutscher Carl Krause, ev., S. — Schuhmachermeister Ernst Dorn, ev., S. — III. Fräulein Gajowitsh Franz Rubinig, kath., S. — Butterhändler Josef Krause, kath., S. — Hauswäiter Gustav Seidel, ev., S. — Arbeiter Friedrich Kowelle, ev., S. — Oberfeuerwehrmann Emanuel Bernhardt, kath., S. — Schneider Franz Sommer, kath., S.
Todesfälle. I. Margarethe, Z. des Modellschäfers August Schneider, 4 J. — Brenner Gottlieb Runge, 45 J. — Schuhmachermeister Ludwig Jauer, 43 J. — Richard, S. des Tischlermeisters Richard Knauer, 2 J. — Paul, S. des Schiffseigners Friedrich Lohndorf aus Beeskow, 12 Tage. — Kaufmannsrau Hedwig Fischer, geborene Müller, 43 J. — Gustav, S. des Arbeiters Paul Sabisch, 1 J. — Max, S. des Schlossers Friedrich Kramich, 10 Woch. — Erich, S. des Schneiders Adolf Walter, 6 J. — Arbeiter Gottlieb Brudert, 33 J. — Schuhmacher Josef Hellebrandt, 39 J. — Altmosen-gesoffin Caroline Hoffmann, 75 J. — II. Rentier Emanuel Brudt, 75 J. — Particularer Adolf Cohn, 60 J. — Kutscherfrau Anna Gaida, geb. Gekner, 25 J. — Kohlenhändlerfrau Marie Friedrich, geborene Schölzel, 38 J. — Fritz, S. des Kutschers August Tischbaldt, 1 J. — Schneidefrau Anna Ruite, geb. Ludwig, 49 J. — Arbeiterfrau Christiane Höppler, geborene Schmidt, 34 J. — III. Reinhold, S. des Arbeiters Paul Rening, 9 Monate. — Max, S. des Arbeiters Max Jänsche, 2 W. — Johanna, Z. des Arbeiters Eduard Rathmann, 6 W. — Karoline, Z. des Arbeiters Alois Böhm, 7 W.